

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonial-
zeile oder deren Äquivalent 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Zeitungs-
und Verlagsanfragen 30 Pf.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
Dienstag, den 1. Februar 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Ein zweiter Zeppelin-Angriff auf Paris.

Rohstoffbezug und Landes-
grenzen.

Von Gustav Edstein.

Einzelne Ausführungen meiner im „Vorwärts“ vom
13. Dezember veröffentlichten Besprechung des „Buchs der 16“
haben in der Parteipresse Widerspruch erfahren.

Allerdings stehen einer gründlichen Behandlung gerade
der aktuellsten Fragen heute bedeutende Schwierigkeiten
entgegen; denn auf der einen Seite ist die Besprechung der
Kriegsziele unterlagert, so daß also eine Erörterung der handels-
politischen Zukunftsfragen nicht auf die konkreten Probleme
eingeht.

In dem erwähnten Sammelwerk „Arbeiterinteressen und
Kriegsergebnis“ hatte Genosse Que geschrieben:
„Selbstverständlich ist eine Industrie in der Regel am
günstigsten gestellt, die ihren Bedarf an Rohstoffen und halb-
fertigen Materialien in reichlichstem Maße aus dem Inlande
decken kann.“

Ich hätte nicht nur die Selbstverständlichkeit, sondern
auch die Wichtigkeit dieses Satzes bestritten und die Berechti-
gung meines Standpunktes durch eine Reihe von Beispielen
aus dem Gebiet der Verfertigung der Eisenindustrie mit ihrem
wichtigsten Rohstoff, dem Eisenerz, nachgewiesen.

Soweit diese Behauptung richtig ist, wird sie wohl von
niemandem bestritten; aber es handelt sich dann noch darum,
ihre Tragweite und Bedeutung abzustufen.

Genosse Kaliski würde also durch die Verwirklichung seines
Programms gerade das Erreichen, was er seinen Gegnern grund-
los zum Vorwurf macht, die Räumung des deutschen Aus-
fuhrhandels. Wenn ein Land vom Auslande nichts bezieht,
wird es auch auf die Dauer nicht exportieren können.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
31. Januar 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Unsere neuen Gräben in der Gegend von Reubville
wurden gegen französische Wiedereroberungsversuche
behalten.

Die Zahl der nordwestlich des Schöftes La Folie
gemachten Gefangenen erhöhte sich auf dreihundertachtzehn
Mann, die Beute auf elf Maschinengewehre.

Gegen die am 28. Januar südlich der Somme von
schlesischen Truppen genommene Stellung richteten die
Franzosen mehrfache Feuerüberfälle.

Allgemein litt die Geschäftstätigkeit unter dem nebeligen
Wetter.

In Erwiderung des Bombenabwurfs französischer
Luftfahrzeuge auf die offene, außerhalb des Operations-
gebietes liegende Stadt Freiburg haben unsere
Luftschiffe in den beiden letzten Nächten
die Festung Paris mit anscheinend be-
friedigendem Erfolge angegriffen.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Russische Angriffsversuche gegen den Kirchhof von
Wisman (an der Na westlich von Riga) scheiterten in
unserem Infanterie- und Artilleriefeuer.

Die Lage auf dem
Balkan-Kriegsschauplatz
ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 31. Januar. (W. L. B.) Amtlich wird ver-
lautbart, 31. 1. 1916:

Auf allen drei Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hofer, Feldmarschalleutnant.

stofften sowie mit Halbfabrikaten vom Auslande unabhängig
machen sollte, um im Kriegsfall sich selbst mit diesen not-
wendigen Produktionsbehalten versehen zu können.

Ernsthaft kann aber von der Verwirklichung dieses Pro-
gramms schon deshalb nicht die Rede sein, weil es sich gar
nicht durchführen läßt. Wie könnte sich Deutschland z. B.
von den Zufuhren aus Amerika und den englischen Kolonien
unabhängig machen? Wo sollte es Wolle, Baumwolle, Zute,
Kupfer, Zinn usw. in Gegenden gewinnen, deren Zugänglich-
keit in jedem künftigen Krieg verübt sein soll?

Aber vor allem: kann und darf unser Standpunkt in der
Frage, welche Politik einzuschlagen ist, von dem Gedanken
beherrscht werden, das Ziel des Friedens sei, daß wir sogleich
für den nächsten Krieg möglichst gut gerüstet sind? Gewiß
dürfen wir, solange die kapitalistischen Gegensätze bestehen,
die Rücksicht auf den Schutz vor Kriegsgefahren nicht aus dem
Auge verlieren; aber es ist die Frage, wie diese Rücksicht am
besten gewahrt wird. Wir können heute über die wirtschaft-
lichen Zustände nach Beendigung dieses Krieges nur wenig
Sicheres sagen. Unter welchen Bedingungen und Umständen
aber etwa später einmal wieder ein Krieg ausbrechen wird,
darüber wissen wir natürlich heute gar nichts.

lassen. Beginnen nach dem Friedensschluß abermals die
Betriebsstörungen und die Expansionsbestrebungen aller Mächte,
dann mögen die Friedensbedingungen noch so sinntreich ausge-
dacht sein, dann mag ein funkelndes neues Völkerrecht be-
schworen und verbriefet werden, die Kriegsgefahr wird wieder
wachsen von Tag zu Tag. Die Bekämpfung dieser Politik
ist daher der beste Schutz gegen künftige Kriegsgefahren.

Daneben kommt ein zweites Moment sehr stark in Be-
tracht. Wenn irgend etwas, so hat der gegenwärtige Krieg
gezeigt, von wie grundlegender Bedeutung auch für die Wehr-
haftigkeit und Verteidigung eines Landes das Gedeihen seiner
Landwirtschaft und seiner Industrie ist. Eine Politik kann
also nicht zur Stärkung der Landesverteidigung und zur Ver-
hütung künftiger Kriegsgefahren dienen, die nicht Landwirt-
schaft und Industrie und besonders die Arbeiterschaft in diesen
Produktionsgebieten fördert. Es wäre daher äußerst kurz-
sichtig, wenn wir unsere künftige Politik nur von dem Ge-
danken beherrschten ließen, uns für den nächsten Krieg jetzt
schon die beste Rüstung vorzubereiten. Gerade wer dessen
Gefahren vorbeugen will, muß vor allem darauf bedacht sein,
eine Politik des Friedens und der Förderung von Landwirt-
schaft und Industrie einzuschlagen.

Es ist im Rahmen eines Zeitungsartikels natürlich
nicht möglich, die Frage allgemein zu erörtern, welche Politik
oder auch nur welche Handelspolitik diesem Zweck überhaupt
am besten dient. Aber wenigstens auf einzelne konkrete Pro-
bleme kann sich unsere Untersuchung erstrecken, und so wollen
wir vor allem der Frage näher treten, ob tatsächlich die Ver-
sorgung mit Rohstoffen und Halbfabrikaten ausschließlich oder
hauptsächlich aus heimischen Quellen für die Entwicklung
und Förderung der Industrie eines Landes die gedäch-
lichste ist.

Neuer Zeppelin-Angriff auf Paris.

Paris, 31. Januar. (W. L. B.) Eine Note der Agence
Havas besagt: Am 30. Januar abends bewegte sich ein
deutsches Luftschiff in der Richtung auf Paris, wo es kurz
nach Mitternacht eintraf. Es wurde von Wehrgeschützen
beschoßen und von Flugzeugen angegriffen. Das Luftschiff
warf eine Anzahl Bomben, die nach den bisherigen Meldungen
keinen Schaden verursachten. Um elf ein Viertel Uhr war der
Alarm zu Ende und die Beleuchtung wurde wieder her-
gestellt.

Paris, 31. Januar. (W. L. B.) Meldung der Agence
Havas. Als gestern abend das feindliche Luftschiff nahte und
das erste Alarmsignal ertönte, wurden, wie am Abend vorher,
alle Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Wachtleute löschten mittels
langer Stangen die Gasflammen aus, und Bürger kletterten
mit Unterstützung von Schulkindern auf die Gasandelaber und
löschten das Licht. Jedes Haus, dessen Fenster erleuchtet
waren, wurde von der drohenden Gefahr benachrichtigt, auf
den Straßen befindliche Spaziergänger läuteten an den Türen
und ließen die Lichter löschen. Der Alarm wurde gestern
abend früher gegeben, als Tags zuvor. Die zahlreichen
Sonntagspazierer stellten sich auf Plätzen und Straßen
auf und beobachteten neugierig den nächtlichen Himmel.
Leider war die Nacht noch nebliger, als die vorangegangene.
Auch die in den Wohnungen befindlichen Menschen verließen,
als die Hörner Signale der Feuerwehrlente ertönten, zahlreich
ihre Bekanntschaften und besprachen auf den Bürgersteigen das
große Ereignis, ohne irgendwelche Furcht zu zeigen.

Paris, 31. Januar. (W. L. B.) Die Blätter besprechen den
Besuch des Luftschiffes.

„Liberté“ schreibt: Der Alarm der Äber und explodierenden
Bomben trägt weniger dazu bei, uns zu erschrecken, als dazu, uns
in der Meinung zu bestärken, daß die Deutschen aus einem Volk
sind, das zu verzweifeln anfängt.

„Journal des Débats“ erklärt: Die Opfer sind wie immer
Frauen und Kinder. Dies wird der Anlaß großer Freude in Paris
sein. Aber obwohl ihnen das richtige Verständnis schwer fällt,
sollten die Deutschen anfangen, sich darüber Rechenschaft abzulegen,
daß derartige Attentate weder auf das Ergebnis, noch
auf die Dauer des Krieges von irgendwelchem
Einfluß sein können.

Im „Temps“ heißt es: Man hat gestern, als das Erscheinen
des Zeppelinluftschiffes nur eine Bewegung starker Neugierde in
Paris erzeugte, von neuem gesehen, daß derartige sinnlose Ver-
brechen weder einen militärischen Eindruck noch
einen Eindruck auf die Gemütsverfassung ver-
ursachen.

Paris, 31. Januar. (W. L. B.) „Temps“ gibt noch Mit-
teilungen von maßgebender Stelle die Gründe dafür an, daß die Ab-
wehrgeschiffe das Zeppelinluftschiff nicht treffen konnten. Ein Nebel

Bedecke am Abend Paris vollständig und bildete einen dichten Schleier bis in 700-800 Meter Höhe, den die Scheinwerfer nicht durchdringen konnten. Für die auf der Erde aufgestellten Geschütze bedeutete dies die völlige Unsichtbarkeit des Feindes am Himmel und die Unmöglichkeit zu schießen. Alle Flieger stiegen auf, sobald Alarm geschlagen wurde, aber nur die in dem Abwärts, in den das Zeppelinluftschiff einbrang, konnten es erkennen. Pünktlich von ihnen getroffen auf den Lenkbalken, verloren ihn aber aus Sicht. Ein einziger verfolgte ihn fünfzig Minuten lang nach Westen. Im Verlauf von nur etwa einer Minute hatte das Zeppelinluftschiff alle seine Geschosse abgeworfen. Die kurze Dauer seiner Anwesenheit und der Nebel waren seine Rettung.

Paris, 31. Januar. (W. L. V.) Meldung der Agence Havas. Ein Zeppelin versuchte gestern abermals Paris zu überfliegen, aber wenn der vorgeratene Ueberfall mit seinen 25 Toten und 32 Verwundeten hoffenswerth war, so war der gestrige nur lächerlich. Der Zeppelin, von uns beschossen, mußte eilig in die deutschen Linien zurückkehren, nachdem er zehn Bomben ohne jedes Ergebnis abgeworfen hatte.

Gestern stiegen 16 französische Bombardier-Flugzeuge von ihrem Stützpunkt bei Saloniki auf; um 10 Uhr überflogen sie ein bulgarisch-deutsches Lager von etwa 600 Zelten bei Pazarlik, nordwestlich vom Dojran-See. Zahlreiche von ihnen abgeworfene Bomben setzten das feindliche Lager in Brand und verursachten eine schwere Panik.

Die Verheerungen der Zeppelinbomben.

Paris, 31. Januar. (W. L. V.) Meldung der Agence Havas. Präsident Poincaré und der Minister des Innern Melby haben gestern morgen im Krankenhaus etwa zehn Opfer des Zeppelinangriffes besucht. Sie besuchten darauf den neuen Schauplatz der Tätigkeit des Lenkbalkens, wo eine zahlreiche Menge stand und die Ereignisse mit Ruhe besprach. Die Zahl der getödteten Personen erreicht vier- und zwanzig, darunter befanden sich mehrere Opfer, die nicht identifiziert werden konnten. Unter den Festgestellten befinden sich neun getödtete und vierzehn verletzte Frauen, acht getödtete und zwölf verletzte Männer und zwei verletzte Kinder. Eine Bombe höhle einen Trichter von einem Meter Tiefe und mit einer Öffnung von fünf bis sechs Metern aus. Eine zweite durchschlug ein Haus von drei Stockwerken vollständig. Eine dritte hat ein Haus von drei Stockwerken, eine vierte ein solches von fünf Stockwerken halb zerstört, eine fünfte Bombe richtete denselben Schaden an einem anderen Gebäude an. Eine sechste verursachte bedeutenden Schaden an einem Hause von fünf Stockwerken. Eine siebente zerstörte ein einstöckiges Haus. Eine achte fiel auf die Straße und riß Türen und Fenster eines benachbarten Hauses herab. Eine neunte zerstörte die Wand und den Hof eines fünfstöckigen Hauses. Eine zehnte durchschlug eine Werkstatt. Eine elfte fiel auf einen Steinhaufen. Eine zwölfte zerstörte ein einstöckiges Gartenhaus. Eine Bombe explodierte nicht.

Opfer des Luftkrieges.

Berlin, 31. Januar. (W. L. V.) Unsere Feinde im Westen richten beständig fortwährend Artillerie- und Fliegerangriffe auf die Ostküsten in den von uns besetzten Gebieten Frankreichs und Belgiens. Auf die Einwohner ihrer eigenen Rationalität nehmen die Beschützer der Menschlichkeit dabei nicht die geringste Rücksicht. Die „Gazette des Ardennes“ veröffentlicht seit einigen Monaten die Namen der getödteten und verwundeten Einwohner. Die Zusammenstellung dieser Angaben ergibt für die Zeitung des feindlichen Feuers auf die eigene friedliche Bevölkerung folgende Zahlen:

Tote:	Männer	Frauen	Kinder unter 15 Jahren
September . . .	28	40	24
Oktober . . .	41	60	31
November . . .	11	21	13
Dezember . . .	9	10	7
	89	131	75
Verwundete:			
September . . .	45	46	24
Oktober . . .	92	110	51
November . . .	23	25	15
Dezember . . .	23	27	18
	183	208	108

Insgesamt sind mithin während der letzten vier Monate des vergangenen Jahres 798 französische und belgische Bürger durch die Geschosse ihrer Landsleute oder der Engländer getödtet oder verwundet worden.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 31. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Die Deutschen haben gestern Abend unsere Stellungen südlich von der Somme vor Compiègne zweimal angegriffen. Die feindliche Infanterie wurde durch unser Sperrfeuer und unser Gewehrfeuer in ihre Gräben zurückgeworfen. Auf der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Paris, 31. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern Abend. Im Artois, südlich der Straße Reuville-Folie, brachten wir eine Mine zur Explosion, welche die feindlichen Minengänge zerstörte. Unsere Artillerie richtete ein vernichtendes Feuer auf das feindliche Versorgungszentrum von Sollaumes, südlich von Lens, und auf den Train und das Lager der Deutschen nördlich von Vim. Zwischen Somme und Oise nahmen unsere Batterien eine feindliche Truppeneinheit in der Gegend von Beuvraignes und eine Infanteriekolonnen auf der Straße Laucourt-Roye unter Feuer. Nördlich der Aisne vor Soupir zerstörten wir durch unser Feuer ein deutsches Werk, dessen Besetzung vernichtet wurde. Westlich von Reims wirksames Feuer unserer Schützengradenkanonen auf die feindlichen Anlagen. Bei Sennheim im Elsaß Beschießung der feindlichen Stellungen nördlich von Altkirch und bei Aspach.

Belgischer Bericht: Der Tag verlief ruhig auf der Front.

Die englische Meldung.

London, 30. Januar. (W. L. V.) Bericht aus dem britischen Hauptquartier in Frankreich. In der letzten Nacht beträchtliche Artillerietätigkeit bei Baug. Drei unserer Panzerkämpfer waren mit Erfolg Bomben auf deutsche Laufgräben bei Serre und betrieben eine feindliche Patrouille. Heute ist es neblig. Bei Fricourt trat die Artillerie in Aktion; sonst nichts Neues.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 30. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Bericht. Vom Rigaer Wolf bis zum Bryec im allgemeinen Ruhe. Nur

südlich vom Wabitz-See machte eine größere deutsche Abteilung einen Angriff, wurde aber durch unser Feuer vertrieben. Südlich von Kollu nahmen unsere Ausklärer einen ganzen Posten gefangen; die von den Oesterreichern herbeigeschickte Verstärkung wurde durch unser Feuer vertrieben. Auf der mittleren Strohpafront beschossen wir zwei feindliche Batterien. Von zwei Ballons wurden glückliche Treffer in Kanonen und Munitionswagen beobachtet. In derselben Gegend durchschritten unsere Ausklärer das Drahtgitternetz des Feindes in großer Ausdehnung und erkundeten die Lage von 23 Minen. Nordöstlich von Gzernowitj liegen wir eine Rauchwolke aufsteigen, die den Feind bei den Sappenarbeiten hinderte.

Kaufkas. Im Kampf nördlich Erzerum drangen unsere Truppen weiter vor, machten einen Teil der Askaris zu Gefangenen und erbeuteten drei Maschinengewehre.

Perisien. Südlich des Urmiasees machten wir bei der Verfolgung des Feindes Gefangene und erbeuteten Artilleriemunition. Südwestlich von Hamadan in der Gegend von Kengaver schlugen wir einen Angriff des Feindes zurück. Bei der Besetzung von Sul-tanabad wurden unsere Truppen vor der Stadtgrenze von der Bevölkerung des Ortes und den Spitzen der Provinz feierlich empfangen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 30. Januar. (W. L. V.) Amtlicher Heeresbericht. Auf der ganzen Front war die Tätigkeit der Artillerie begünstigt durch das ruhige Wetter. Am mittleren Isonzo hat eine unserer Batterien den Bahnhof von Santa Lucia im Abschnitt von Tolmein beschossen. Die schwere Artillerie des Feindes hat mehrere Schiffe auf den Fleden San Martino di Lussica abgegeben, die mehrere Opfer unter der Bevölkerung gefordert haben. Auslagen von Gefangenen bestätigen, daß der Feind bei den jüngsten Operationen auf den Höhen westlich von Görz schwere Verluste gehabt hat, namentlich das 97. Landwehr-Regiment. Cadorna.

Einberufung der Achtzehnjährigen in der Türkei.

Konstantinopel, 31. Januar. (W. L. V.) Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf ein, wonach der Kriegsminister ermächtigt wird, die Achtzehnjährigen zum aktiven Dienst heranzuziehen.

Zur Besetzung des Forts Karaburun.

Saloniki, 31. Januar. (W. L. V.) Meldung der Agence Havas. Die griechische Besetzung des Forts Karaburun, 200 Mann stark, ist nach Saloniki gebracht worden. Das Fort ist jetzt von englischen und französischen Landtruppen und englischen, französischen, russischen und italienischen Landungsabteilungen besetzt; die Flaggen der Alliierten und mitten unter ihnen die griechischen Farben wehen über dem Fort.

Ein französisches Bourgeoisblatt gegen Annexionen.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Auch die französische Bourgeoisie scheint allmählich aus dem Taumel zu erwachen, in den sie die Fiktion der Niederschmetterungs-Phrasen verfaßt haben. Eines der angesehensten radikalen Provinzialblätter, der „Progrès de Lyon“, der die Anschauungen der reichen industriellen und kommerziellen Bourgeoisie dieser Stadt vertritt, schreibt in einer Betrachtung über die Rolle der jetzigen Regierung:

„Es ist eine wahrhaft staatsmännische Tat, den Sozialisten auf ihre Forderung nach Feststellung der Kriegsziele eine Antwort erteilt zu haben, die die annexionsistischen Forderungen jener gründlich enttäuschen mußte, die vom Siege Frankreichs etwas anderes erhoffen als die Wiederherstellung des in Vergangenheit und Gegenwart verletzten Rechts. Worte der Weisheit und Vorsicht, von einem Manne gesprochen, der sich über die Schwere der noch notwendigen Kraftentfaltung Rechenschaft gibt und weber durch allzuweit getriebene Hoffnungen jene entmutigen will, die diese Leistung täglich erfüllen und bis zum Siege erfüllen wollen, noch dem Feinde die Energie der Verzweiflung und die aus ihr strömenden Widerstandskräfte verleihen will.“

Die „Humanité“ fügt ihrem Titat dieses Artikels den Ausdruck der Befriedigung hinzu, daß die Sozialisten mit ihrer Ablehnung von Annexionen nicht allein stehen. Sie hätte aber ein noch viel überraschenderes Zeugnis anführen können. Der „Temps“ veröffentlicht jetzt unterm Strich eine Art Phantasia über den kommenden Friedensschluß von H. G. Wells, die klipp und klar ausdrückt, daß beide Kampfgruppen in eine Sackgasse geraten seien, worin sich keine andere Aussicht biete als die auf die allgemeine Erschöpfung. Keine der Parteien werde sich ausdrücklich für beflegt erklären. Wells skizziert hierbei kurz die Mindestbedingungen des Vierverbands und nennt als solche die Wiederherstellung Belgiens und Serbiens nebst Schadenergütung und die Autonomie Elsas-Lothringens. Wenn man sich erinnert, wie geschäftig der „Temps“ noch vor kurzem die französischen Sozialisten angefallen hat, weil sie sich nicht auf das strenge Dogma der Revanche vereidigen wollten, so ist es gewiß ein außerordentlicher Fortschritt, wenn er jetzt — wenn auch nur im Feuilletonstil und von einem englischen Mitarbeiter — als Maß des Erreichbaren eine Lösung der elassischen Frage ins Auge faßt, die sich über die traditionelle nationale Ideologie weit rücksichtslos hinwegsetzt als die auf dem sozialistischen Weihnachtskongreß beschlossene Kompromißresolution.

Sasonow über die Kriegslage.

Petersburg, 31. Januar. (W. L. V.) Der Minister des Aeußern Sasonow hat Vertreter der Petersburger Presse empfangen und ihnen eine Reihe von Erklärungen abgegeben. Ueber Montenegro könne er nichts sagen, da er noch keine Einzelheiten habe, die er aber von einem Tag auf den anderen erwarte. Aber er glaube, daß ein Teil des montenegrinischen Heeres mit dem serbischen abtransportiert worden und dabei sei, sich zu reorganisieren, und vielleicht noch mit den tapferen serbischen Truppen der gemeinsamen Sache dienen würde. Sasonow erkannte an, daß die Lage auf dem Balkan trotzlos sei angesichts der Katastrophe des serbischen Heeres, die harte Folgen für Montenegro nach sich gezogen habe. Andererseits sei die gegenwärtige schlimme Lage auf dem westlichen Balkan keine endgültige, denn das Los der Balkanstaaten sei eng verknüpft mit den Alliierten. Außerdem werde die Balkanfrage, wenn auch nicht im gegenwärtigen Augenblick, so doch nach dem Kriege ihre Lösung finden. Er sei überzeugt davon, daß Serbien und Montenegro bessere Tage sehen würden, daß die Zeit ihrer Prüfung nur vorübergehend sein und mit dem Triumph der gemeinsamen gerechten Sache der Alliierten ihr Ende finden werde.

Auf Griechenland übergehend, sagte der Minister: Dieses Land beobachtet Neutralität. Aber es ist eine andere Frage, ob diese Neutralität freiwillig ist oder nicht. Man wußt aber hoffen, daß die wohlverstandenen nationalen Interessen die griechische Regierung

hindern werden, eine den Alliierten feindliche Politik einzuschlagen. Unsere Beziehungen zu Rumänien, sagte dann Sasonow, sind durchaus befriedigend und nach wie vor freundschaftlich. In diesen letzten Zeiten ist die öffentliche Meinung in Rumänien durch eine Periode von Kurruhe hindurchgegangen in der Befürchtung feindlicher oder drohender Handlungen von Seiten der Mittelmächte, die in ihren außerordentlichen Anstrengungen Rumänien auf ihre Seite zu ziehen, fortführen. Aber sicherlich sind sich die klugen und vernünftigen Rumänen bewußt, daß sie ihre nationalen Wünsche nicht in Gemeinschaft mit den Mittelmächten verwirklichen können. Das alles genügt, um zu verstehen, daß Rumänien in seiner Neutralität verharrt wird. Was die zeitweiligen Befürchtungen betrifft, daß die Mittelmächte feindliche Handlungen gegen Rumänien begehen könnten, Befürchtungen, die die rumänische Bevölkerung beunruhigt haben, so sind diese nicht ganz grundlos, sie sind aber gegenwärtig beträchtlich vermindert worden.

Schließlich sprach Sasonow im allgemeinen von den guten Beziehungen Russlands zu den neutralen Staaten. Er ging im einzelnen auf die schwedisch-russischen Beziehungen ein und sagte, daß sie sich fortgesetzt befestigen, trotz der Anstrengungen der Deutschen, sie zu verwirren. Unsere Freundschaft mit Schweden, sagte der Minister, beruht nicht auf die beiderseitigen Sympathien, sondern ebenso auf dem richtigen Verständnis der beiderseitigen Vorteile. Es ist offenbar, daß es in Schweden, wie auch anderswo, eine chauvinistische Bewegung gibt. Es ist möglich, daß Schweden es für nötig halten könnte, Maßnahmen zur Verteidigung seiner Grenzen zu ergreifen. Aber wir können mit aller Bestimmtheit erklären, daß es nie nicht gegen Rußland zu verteidigen haben wird, und daß von dieser Seite her seine Grenzen vollständig unangeführt sind. Sasonow bestritt nicht eine gewisse Erregung, die in Schweden angesichts der Maßnahmen Großbritanniens gegen den Handel mit Baumwolle ausgebreitet sei, und erklärte: England ist dazu genötigt zur Verteidigung seiner Interessen, die eine Unterbrechung des deutschen Handels mit Baumwolle verlangen. Außerdem bemühte sich England sehr, in diesem Widerstreit der Interessen die neutralen Länder, und unter ihnen Schweden, nicht zu schädigen. Unter diesen Umständen muß man hoffen, daß schließlich alle Mißverständnisse beseitigt werden. Der Minister betonte es als charakteristisch, daß Deutschland, das sich großer Sympathien in Schweden erfreue, sich in seinen Maßnahmen zur See weniger rücksichtslos zeige als England, sondern ohne Neude neutraler Schiffe, häufig auch schwedische verkehrt habe. Deutschland drücke nachher sein Bedauern aus, wodurch natürlich das Unrecht nicht wieder gut gemacht werde.

Ueber die Beziehungen zu den Alliierten sagte Sasonow, daß ihre Handlungen und ihre Interessen durchaus einseitlich seien. Um diese Einseitigkeit noch vollständiger zu machen, sei in Paris ein militärisch-politischer Ausschuss eingesetzt worden, der bereits günstige Ergebnisse erzielt habe. Der Minister begrüßt lebhaft die beabsichtigte Reise russischer Abgeordneter nach England, die er für außerordentlich wichtig und nützlich halte, denn die nationalen russischen Vertreter würden mit eigenen Augen die außerordentlichen Anstrengungen Englands für die gemeinsame Sache erkennen. Alle Gerüchte, daß England zu wenig am Kriege teilnähme, die die Feinde in die Welt legen, um Uneinigkeit zwischen den Alliierten zu säen, würden vollkommen in Abrede gestellt. Um sie zu zerstreuen, genüge es, sich zu vergegenwärtigen, daß die englischen Verluste 25 000 Offiziere und 600 000 Mann betragen. Die ungeheuren Opfer des treuen Alliierten Frankreich seien zu bekannt, um davon zu reden. Ein Sonderfriede sei für keinen der Alliierten notwendig. Denn abgesehen von den Lebensinteressen der Alliierten, die einen Kampf bis zum Aeußersten erheischen, würde kein Politiker in den alliierten Staaten es wagen, Ehre und Pflicht zu verraten und die feierlich abgegebenen Versprechungen und Erklärungen preiszugeben. Ueberdies könnte schon deshalb keiner der Alliierten einen Sonderfrieden abschließen, weil eine solche Handlung gleichbedeutend mit der Vernichtung seines Ansehens unter den Völkern und daher gleichbedeutend mit politischem Bankrott wäre. Der Kampf müsse auch deshalb bis zum Ende durchgeführt werden, weil es unumgänglich notwendig sei, Bedingungen zu schaffen, die allen Staaten gestatten, ihr politisches und nationales Leben unbedeutet von den Willkürlichkeiten und dem Ehrgeiz der Mittelmächte zu entlasten. Hierzu sei nötig, daß Deutschland unschädlich gemacht werde.

Ueber die Dauer des Krieges befragt, sagte Sasonow, er glaube, daß sie keine lange mehr sein werde, denn Deutschland sei der erste, der aus finanziellen Gründen sich nicht mehr aufrecht erhalten könnte. Aber, sagte der Minister hinzu, es ist trotzdem notwendig, große Vorbereitungen für den Sommerfeldzug zu treffen. Alles in allem sind Rußland und seine Alliierten voll von Kraft und Begeisterung und ihr Vertrauen auf den endlichen Triumph wankt nicht nur nicht, sondern wächst mit jedem Tage.

Rumänische Schaukelpolitik.

In der rumänischen Ecke scheint es neuerdings wieder zu kriseln. Die unbedachtliche, vorsichtig hin und her labierende Politik des Ministerpräsidenten Bratianu weist allerdings keine bemerkbaren Aenderungen auf, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie erst dann den entscheidenden Schlag führen will, wenn jedes Risiko ausgeschlossen sein wird. Im Grunde selbst jedoch, oder richtiger in der dünnen Schicht der Besitzenden und Privilegierten, die die rumänische Politik „macht“, sind manche Schwankungen der Sympathien und Antipathien zu verzeichnen. Unverkennbar ist, daß die Propaganda der Interventionisten, die für einen Anschluß an die Entente eintreten, in den letzten Monaten an Festigkeit zugenommen hat. Trotzdem hat aber die Aktion der Interventionisten im Senat und in der Kammer in der Dezember-session keinen greifbaren Erfolg gehabt. Ja die Kammer hat sogar die für die Zentralmächte plädierenden Neben des ehemaligen Ministerpräsidenten Carp, des Liberalen Sterre u. a. mit einer Ruhe angehört, die früher undenkbar gewesen wäre. Allerdings war in den rumänischen Kammersitzungen von Ruhe nichts zu spüren, sobald die Frage der ungarländischen Rumänen und der Faltung Ungarns gegenüber den rumänischen Forderungen berührt wurde. Das ist überhaupt das Charakteristische für die rumänischen Stimmungen: Befestigung im Stände der öffentlichen Meinung zugunsten Deutschlands, bei unverkennbarer und oft durchbrechender Gereiztheit gegenüber Ungarn.

Nun kommen zu diesen Dingen wirtschaftliche Schwierigkeiten und Transaktionen hinzu. Außer dem Getreide gibt es in Rumänien fast keinen Artikel, der nicht dem teilweisen oder gänzlichen Ausfuhrverbot unterläge. Die aus dem Auslande eingeführten Produkte kommen aber sehr unregelmäßig und in ungenügenden Mengen an. Die niedrige Valuta des rumänischen Geldes und die große Lebensmittelteuerung machen sich der Bevölkerung sehr drückend bemerkbar. Hierzu kommen die finanziellen Lasten und der wirtschaftliche Druck der seit Jahresfrist fast vollständig durchgeführten Mobilisierung hinzu. Unter diesen Umständen sind in Rumänien, wo nach einem treffenden Wort des Genossen Rakowsky das preussische Wahlsystem und das türkische Wirtschaftssystem vereint herrschen, die Voraussetzungen für Schwankungen immer gegeben. Die politischen Entscheidungen und Beeinflussungen hängen eben in größerer Maße als anderwärts von der dünnen Schicht der Besitzenden mit ihrem politischen Aikuenwesen ab, die ein vollendetes, rechtloses, bis aufs Blut gepeinigtes Bauernvolk beherrscht.

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint der Ursprung einiger

neulich in die Presse gedruckenen Alarmnachrichten verständlich. Auf die Anregung des rumänischen Finanzministers Costinescu hat nämlich die englische Regierung große Getreidekäufe in Rumänien abgeschlossen. Außer einer größeren Unabhängigkeit von den Zentralmächten, die bisher als die einzigen Getreidekäufer in Betracht kamen, beabsichtigte Costinescu offenbar mit diesem Geschäft auch eine politische Wirkung zu erzielen. Denn begreiflicherweise hat die Tatsache, daß die geldbedürftige rumänische Landwirtschaft an die Zentralmächte zu ausgezeichneten Preisen ihre Ernte verkaufen konnte, auch auf die Stimmung diesen guten Kunden gegenüber eingewirkt. Es war daher nötig, auch den Bierverband als großzügigen Bewerber um das rumänische Getreide auf dem Plan erscheinen zu lassen. So kam denn das Geschäft über 80 000 Waggonladungen Weizen aus der Ernte des Jahres 1915 zustande, und zwar zu einem Preise von 3200 Lei für den Waggon. Die rumänischen Landwirte erhalten den Kaufpreis sofort in bar ausgezahlt, während der Weizen bis nach Friedensschluß im Gewahrsam des Verkäufers bleibt. Da der Preis ein sehr guter ist, sind die Landwirte begreiflicherweise über das englische Geschäft außerordentlich erbaute.

Die Stimmung der Großagrarien fällt aber auch in Rumänien politisch sehr stark ins Gewicht.

Für die Zentralmächte kommen diese Dinge noch insofern in Betracht, als durch die englischen Wagniskäufe die Realisierung des nur unter großen Schwierigkeiten zustande gekommenen Abkommens mit Rumänien über die Ausfuhr von 1000 Waggons Getreide und Futtermittel nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland außerordentlich erschwert wird. Wie der Spezialkorrespondent des „Berl. Tagblatts“ unter dem 27. Januar aus Sofia berichtet, werden nicht nur die Getreidepreise immer mehr in die Höhe getrieben, sondern auch die rumänischen Waggons mit diesen Ankäufen derart belastet, daß die Ausfuhr der von Oesterreich-Ungarn und Deutschland angekauften Getreidemengen auf Schwierigkeiten zu stoßen droht.

In diesen rein wirtschaftlichen Vorgängen scheint unseres Erachtens augenblicklich die Hauptursache der Schwankungen in den politischen Kreisen Rumaniens zu liegen. Weitergehende Folgerungen, namentlich in bezug auf die Politik der rumänischen Regierung, daran zu knüpfen, erscheint uns indessen verfrüht.

Wilson's aufsehenerregende Rede.

New York, 31. Januar. (W. Z. B.) Alle Blätter besprechen eingehend die aufsehenerregenden Worte Wilson's, mit denen er Maßregeln für die Landesverteidigung forderte. In seinen Reden in Pittsburg und Cleveland legte der Präsident besonderen Nachdruck auf die nationale Ehre. In einer Rede sagte er: Sie können auf meine feste Entschlossenheit, dem Lande den Krieg zu ersparen, rechnen, aber sie müssen bereit sein, unsere Ehre zu verteidigen, wenn das nötig ist. Die Ehre eines Volkes ist kostbarer als sein Leben. Es gibt niemand in den Vereinigten Staaten, der sagen kann, was der nächste Tag, ja selbst die nächste Stunde uns bringen wird. Ich weiß, daß es ernste Dinge sind, über die ich zu Ihnen spreche, aber ich würde meine Pflicht vernachlässigen, wenn ich Ihnen die Lage nicht schildern würde, wie sie ist.

Australiens Kriegsrüstungen.

London, 31. Jan. (W. Z. B.) Der Londoner Oberkommissar von Australien Fisher sagte, als er über die Haltung Australiens zum Kriege befragt wurde, u. a.: Australien habe schon 200 000 Mann geschickt und werde binnen sechs Monaten noch 100 000 Mann schicken. Es habe seine ganze Flotte der britischen Regierung ausgeliefert. Die Politik Australiens sei, den letzten Mann und den letzten Schilling für den Krieg herzugeben.

Revolutionäre Bewegung in China.

Mulden, 31. Januar. (W. Z. B.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Die Zahl der aufständischen Mongolen ist auf 20 000 Mann gestiegen einschließlich einer chinesischen Brigade aus Quianan, die, mit vollständiger Munition versehen, sich den Aufstrebenden angeschlossen hat. Die Aufständischen, die im Besitz von zwölf Kanonen und zwei Maschinengewehren sind und an deren Spitze der ehemalige Tao tai von Quianan steht, setzen den Marsch auf Peking fort.

Politische Uebersicht.

Fleischkonserven und Wurstwaren.

Amtlich. Berlin, 31. Januar. (W. Z. B.) Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung eine Verordnung über die Beschränkung der Herstellung von Fleischkonserven und Wurstwaren erlassen. Danach ist die gewerbsmäßige Herstellung von Konserven aus Fleisch oder unter Zusatz von Fleisch, die durch Erhitzung haltbar gemacht sind, verboten. Zur gewerbsmäßigen Herstellung von Wurstwaren darf nicht mehr als ein Drittel des Gewichtes der ausgeschlachteten Rinder, Schweine und Schafe verarbeitet werden. Ausgenommen davon ist die Herstellung von Fleischkonserven und Wurstwaren zur Erfüllung von Verträgen, die unmittelbar mit den Seeresverwaltungen und der Marineverwaltung abgeschlossen sind. Für fabrikmäßige Herstellung von Wurstwaren ist eine andere Berechnung des zulässigen Drittels der Verarbeitung vorgesehen. Für die Herstellung von Fleischwurst können die Landeszentralbehörden Ausnahmen zulassen. Die Verordnung tritt am 4. Februar in Kraft.

Zentrum und Wahlreform.

Dr. Julius Bacher, der bekannte Zentrumspolitiker, veröffentlichte kürzlich in der „Allg. Rundschau“ einen Artikel über die preußische Wahlreform. Er meint, die geheime und direkte Wahl werde sich unsicher durchführen lassen; man kann nur hoffen, daß er sich da nicht täuscht. Vom gleichen Wahlrecht will Bacher nichts wissen, er wünscht aber auch nicht die beliebte Abstufung nach „Besitz und Bildung“. Er fordert ein höheres Gewicht für die Stimmen des Familienvaters, der für das Vaterland wertvoller sei als der Ueberbetretete oder Kinderlose. „Wenn man daraus“ — so sagt er in der „Allg. Rundschau“ — „die

Folgerung bezüglich der künftigen Gestaltung des preußischen Wahlrechtes zieht, so ergäbe sich ein Plus an Wahlberechtigung für diejenigen, welche eine Familie gegründet und durch ihren Nachwuchs dem Staate die künftigen Bürger und Vaterlandsverteidiger geschenkt haben. Das scheint mir eine Erwägung zu sein, welche sich schlechthin nicht abweisen läßt. Hier liegt ein sozialer Gedanke zugrunde und das neue Wahlrecht sollte mit einem reichlichen Tropfen sozialen Deles gesalbt sein.“

Urteilt also das Zentrum wie Herr Bacher — und daß es über seine Ansichten hinaus ginge, erscheint nach seiner früheren Haltung völlig ausgeschlossen — so wäre im preußischen Abgeordnetenhaus sehr wenig Aussicht für eine wirkliche Wahlreform vorhanden!

Der Kuriosität wegen sei noch erwähnt, daß die „Deutsche Tageszeitung“ sich nur dann mit dem erhöhten Familienvater-Wahlrecht befassen zu können erklärt, wenn — dies Wahlrecht „für das ganze Reich“ in Frage käme. Das zielt auf eine „Reform“ des Reichstagswahlrechts! Erbauliche Aussichten!

„Bündnisfähig.“

Im „Tag“ erörtert Professor E. Meiger die Haltung der Sozialdemokratie im Kriege und folgert daraus, daß die Partei nun für die bürgerlichen Parteien „bündnisfähig“ geworden sein müßte:

„Dadurch aber ist ihre Stellung zu den übrigen Parteien eine völlig andere geworden. Sie haben die Staatsnotwendigkeiten, denen sie bisher ablehnend gegenüberstanden, anerkannt, sie haben sich dadurch mit den übrigen Parteien auf denselben Boden gestellt und sich dadurch die Gleichberechtigung erworben. Die Regierung hat ihnen diese schon bis zu einem gewissen Grade zugestanden und ihnen den Zutritt zu solchen Stellungen in der Kommunalverwaltung, die ihnen früher verschlossen waren, geöffnet. Wie aber sollen sich die Parteien verhalten?“

Bisher war man in der Behandlung der Sozialdemokratie nicht konsequent. Im Reichstag gewährt man ihnen die volle Gleichberechtigung; sie genießen in den Ausschüssen sowohl wie in den Vollsitzungen dieselben durch die Geschäftsordnung geregelten Rechte wie alle übrigen. Anders war es aber im Lande. Bei den Wahlen wurde der Gegensatz zwischen ihnen und den sogenannten bürgerlichen Parteien schroff aufrechterhalten. Diese betrachteten sich zwar als Gegner, konnten aber aus taktischen Rücksichten gelegentlich zusammengehen, die Sozialdemokraten aber waren die Feinde, gegen die man unter allen Umständen zusammenhalten mußte. Eine solche schroffe Trennung kann von jetzt an nicht mehr aufrechterhalten werden; die Sozialdemokraten werden bei den Wahlen in Zukunft als bündnisfähig gelten.“

Professor Meiger ist so liebenswürdig, gleich hinzuzufügen, daß die „Minderheit“ in der Partei nichts daran ändern könne, denn:

„Die Minderheit war klein und besteht dem Anschein nach aus einer Gruppe von Theoretikern, die den Untergang der Internationale nicht überwinden können und die sich auch durch die wichtigsten Tatsachen nicht bewegen lassen, Ansichten, in die sie sich hineingelegt haben, aufzugeben. Offenbar haben sie in der Presse und in den Parlamenten größeren Einfluß, als ihrer wirklichen Bedeutung entspricht. Es ist daher als sicher anzunehmen, daß die Partei diese innere Krise verwinden wird, besonders dann, wenn erst die Gewerkschaften, die doch den Kern der Sozialdemokratie bilden, aus den Schlingengräben wieder in ihre Werkstätten zurückgekehrt sein werden.“

Warten wir's in Ruhe ab!

Aus der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Im weiteren Verlaufe der Kommissionsverhandlungen am 28. und 29. Januar wurde nach dem amtlichen Berichte die Beschaffung von Lebensmitteln durch Bezüge aus dem Auslande erörtert. Der Leiter der Zeiterkaufsgesellschaft gab eingehende Mitteilungen hierüber, die jedoch vertraulicher Natur sind.

Darauf wurde zu der Frage der Futtermittel übergegangen und von dem Berichterstatter unter anderem folgendes ausgeführt:

Es bedürfe zwar großer Umsicht, um sich mit den in Deutschland vorrätigen Futtermitteln bestmöglichst einzurichten; jedoch läme auch in diesem Falle die Anpassungsfähigkeit unserer Industrie der deutschen Landwirtschaft erfolgreich zu Hilfe, indem die Herstellung verschiedener wichtiger Ertragsfuttermittel in fabrikmäßigen Betrieben bereits ausgenommen sei, so daß ein immerhin ansehnlicher Teil der uns während der Kriegszeit vorenthaltenen Auslandsfuttermittel einen vollwertigen Ersatz finden könne. Dieser erfreuliche Vorgang erwinde jedoch die Landwirte keineswegs von der Pflicht, auch innerhalb ihrer Betriebe jede bessere Ausnutzung der vorhandenen Futtermittel auf das Äußerste durchzuführen. Wesentlich sei es auch, daß die vorhandenen Futtermittel an richtiger Stelle Verwendung fänden, d. h., denjenigen Haustierarten zugeführt würden, welche sie am besten verwerten könnten. Die Befriedigung des Milchbedarfs sei an erster Stelle im Auge zu behalten, um sowohl der Jugend, wie auch den körperlich weniger Kräftigen eine wohlbelmündliche Nahrung zuführen zu können. Wesentlich für die Durchführung einer solchen Aufgabe sei es natürlich, daß ganz Deutschland als ein zusammengehöriges Wirtschaftsgelände angesehen werde und sich nicht in einzelnen Teilen wirtschaftlich voneinander abschleife.

Ueber die Einrichtung des Kriegsauswurfes für Ertragsfuttermittel sowie über die Tätigkeit der Zentralstelle zur Beschaffung der Seeresverpflegung ließ sich der Berichterstatter mit Einzelheiten aus.

Der Landwirtschaftsminister trat den Ausführungen des Berichterstatters bei und erteilte Auskunft über verschiedene Einzelfälle der Futtermittelbeschaffung. Nach längerer Erörterung über diesen Gegenstand ging die Kommission zur Frage der Pferdebestände über. Bei diesem Punkte des Beratungsplanes wies der Berichterstatter darauf hin, daß der Wunsch, den die Kommission im Juni v. J. bezüglich der Aushebung der Kriegspferde ausgesprochen habe, leider noch nicht erfüllt worden sei. In einem Kreise sei die Bezahlung für 150 Pferde, die bereits am 29. Mai 1915 in den Besitz der Militärverwaltung übergegangen seien, noch nicht erfolgt, indem man sich auf formell-rechtliche Bedenken stütze. Hier sei eine Stellungnahme angezeigt, die den in der Praxis vorliegenden Verhältnissen gerecht würde. Weiterhin wies der Berichterstatter auf die Notwendigkeit hin, die Verteilung der Kriegsbrauchbaren Pferde, der Deutepferde und der aus den besetzten Landbeständen stammenden Pferde nach einem besser ausgleichenden System vorzunehmen. Auch heute er sei bereit an, daß bei der Verteilung der Pferde die Interessen der einzelnen Bezugsgebiete volle Berücksichtigung erfahren müßten. Ueber den letzten Punkt gab ein Vertreter des Landwirtschaftsministers zufriedenstellende Erklärungen ab.

Die Landwirte zur Zollunion.

Am Sonntag fand in Budapest eine Besprechung von Landwirten Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns statt. Nachdem offizieller Bericht wurde die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens der drei Länder betont. Abhandelt wurde ein Hauptauswurf eingelegt, der einen gemeinsamen Beschluhantrag faßt und die Vorarbeiten für die Errichtung einzelner landwirtschaftlicher Unterausschüsse besorgen wird.

Von den deutschen Landwirten sind Hr. v. Wangenheim und Geheimrat Rehnert in den Hauptauswurf entsandt worden. — Aus dem offiziellen Bericht läßt sich nicht ersehen, in welcher Richtung die Wünsche der Landwirte gehen.

Herabsetzung des Malzkontingents.

Berlin, 31. Januar. (W. Z. B.) Eine heute vom Bundesrat beschlossene und mit dem Tage der Verkündung in Kraft tretende Verordnung legt die für die gewerblichen Bierbrauereien festgesetzten Gerstenkontingente um ein Fünftel herab. Die Bierbrauereien haben die Gerste, die sie über das herabgesetzte Gerstenkontingent hinaus bereits bezogen haben, der Zentralstelle zur Beschaffung der Seeresverpflegung zur Verfügung zu stellen; soweit diese Gerste bereits vermalzt ist, ist das Malz zur Verfügung zu stellen. Die auf Grund der Bekanntmachung, betreffend Einschränkung von Malzverwendung in den Bierbrauereien vom 15. Februar 1915 auf das vierte Vierteljahr des Jahres 1915, die drei ersten Vierteljahre des Jahres 1916 und den Monat Oktober 1916 entfallenden Malzmengen (Malzkontingente) werden um ein Fünftel herabgesetzt. Als auf den Monat Oktober 1916 entfallend ist hierbei ein Drittel der für das vierte Vierteljahr des Jahres 1916 berechneten Malzmengen anzusehen. Die in dem vierten Vierteljahr 1915 über das nach dieser Verordnung gefürzte Malzkontingent hinaus verwendeten Malzmengen sind von den in gleicher Weise gefürzten Malzkontingenten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Oktober 1916 abzuziehen. Laut § 3 bleibt vorbehalten, die Gersten- und Malzkontingente statt um ein Fünftel, um ein Viertel herabzusetzen. Die Bierbrauereien haben, falls sie mehr Gerste als Dreiviertel ihres Kontingents bezogen haben, die mehrbezogene Menge bis zum 31. März 1916 zur Verfügung der Zentralstelle zur Beschaffung der Seeresverpflegung zu halten. Auf die Malzkontingente der Bierbrauereien ist Malz, das aus dem Auslande eingeführt wird, anzurechnen. Das im Inland aus ausländischer Gerste hergestellte Malz steht dem aus inländischer Gerste hergestellten Malz gleich. Ausgenommen ist ausländisches Malz, das eine Bierbrauerei bis zum 15. Februar 1916 auf Grund von Verträgen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen worden sind, eingeführt und bis zum 31. März 1916 verarbeitet. § 4 der Bekanntmachung betreffend Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien vom 15. Februar 1915 wird aufgehoben.

Auffallende Preisunterschiede.

Das königliche Statistische Landesamt veröffentlicht regelmäßig Zahlen über die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel in den verschiedenen Bezirken des Königreichs. Die Zahlen zum Beispiel über die häufigsten Kleinhandelspreise wichtigster Nahrungsmittel vom Dezember 1915 oder die Zahlen über die Kleinhandelspreise im Großhandel in der ersten Hälfte Januar 1916 enthalten nun eine geradezu auffallende Verschiedenheit des Preisniveaus.

- Kleinhandelspreise (in Kilo bzw. Liter):
- Erbsen:
Sigmaringen, Bromberg, Breslau 1,60 M.; dann alle Preisstufen bis auf 0,96 M. in Kiel und Waderborn.
 - Speisebohnen:
Bromberg 1,60 M.; dann alle Preisstufen bis auf 0,96 M. in Kiel.
 - Kartoffeln:
Harburg 0,14 M.; dann alle Preisstufen bis auf 0,07 M. in Halle usw.
 - Butter:
Weßbaden 5,35 M.; dann alle Preisstufen bis auf 4,— M. in Sigmaringen.
 - Weizenmehl:
Frankfurt a. M. 0,84 M.; dann alle Preisstufen bis auf 0,42 M. in Straßburg und Posen.
 - Roggenmehl:
Essen, Kiel 0,52 M.; dann alle Preisstufen bis auf 0,36 M. in Remel, Tilsit, Allenstein.
 - Reis:
Berlin 2,20 M.; dann alle Preisstufen bis auf 0,90 M. in Frankfurt a. O.
 - Ruder:
Tilsit 0,75 M.; dann alle Preisstufen bis auf 0,52 M. in Königsbrunn.
 - Sollmilch:
Berlin 0,30 M.; dann alle Preisstufen bis auf 0,18 M. (?) in Adöllin.
 - 1 Säbnerlei:
Aachen, Potsdam 0,30 M.; dann alle Preisstufen bis auf 0,12 M. in Adöllin.

Diese gewaltigen Preispannungen würden sich noch wesentlich größer darstellen, wenn das gesamte Reichsgebiet betrachtet würde.

Es handelt sich bei diesen Preisen um die häufigsten Kleinhandelspreise und man mag die Preisunterschiede einigermaßen erheblich finden aus den besonderen lokalen Verhältnissen des Kleinhandels. Ganz auffallend aber ist es, daß auch der Großhandel, dem man doch vor allem preisausgleichende Funktion zuspricht, gewaltige Preispannungen nicht auszugleichen imstande ist, wie die Tabelle über Großhandelsverkaufspreise in der ersten Hälfte Januar 1916 zeigt. Hier lassen sich für bestes Ochsenfleisch Spannungen von 111 (Danzig) bis 152 (Altona), für mittleres Ochsenfleisch von 100 (Danzig) bis 145 M. (Berlin); ähnliche Spannungen haben andere Fleischarten.

Letzte Nachrichten.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 31. Januar. (W. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: In der Front bei Feldzie gegenfeitiges Infanterie- und Artilleriefeuer mit Unterbrechung. Bei Antel amara herrscht Ruhe.

In der Kaukasusfront bedeutungslose Gefechte. In der anatolischen Küste des Mittelmeeres landete in der Nacht zum 27. Januar ein feindliches Kriegsschiff eine Truppenabteilung zwischen Fenike und Mekri bei dem Dorfe Endesli, gegenüber der Insel Castellorizo. Das Dorf wurde am Vormittag des 27. Januar unter dem Schutz des Kriegsschiffes umzingelt, einige Beamte und ein Teil der Bevölkerung wurde zu Gefangenen gemacht und an Bord des Schiffes geschleppt, ebenso wurden Lebensmittel und Mobilien geraubt.

Der italienische Seeresbericht.

Rom, 31. Januar. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht. Man meldet keine Zusammenstöße im Logarinal nördlich von Voci und Artilleriegefecht, der besonders heftig entlang der Front von Caporna.

Der deutsch-französische Verwundeten-Austausch.

Bern, 31. Januar. (W. Z. B.) Wie der „Bund“ hört, beginnt der fünfte Austausch von Verwundeten zwischen Deutschland und Frankreich am 1. Februar. In Lyon hatten etwa 100 Deutsche der Fortschaffung. Am 6. Februar begibt sich die schweizerische Arztekommision nach Lyon und Konstanz, um die nächsten Verwundetentransporte nach der Schweiz zu organisieren.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ueberstunden- und Frauenarbeit in der Metallindustrie.

In einer Versammlung der in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter (Vohrer, Hahler, Fräser usw.) wurde ausgeführt, daß die Konjunktur seit einiger Zeit erheblich nachgelassen hat, so daß eine Reihe von Betrieben Entlassungen von Arbeitern vornahm. Aber es gibt noch verschiedene Großbetriebe, die vollauf beschäftigt sind. Hier macht sich der Mangel bemerkbar, daß die Arbeitszeit auf 10, 12 und noch mehr Stunden täglich ausgedehnt wird. Auch Arbeiterinnen leisten eine so lange Arbeitszeit. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, hat kürzlich auf Veranlassung des Metallarbeiterverbandes eine Konferenz mit Vertretern der bedeutendsten Großbetriebe unter Beteiligung des Oberkommandos stattgefunden. Da erklärten die Unternehmer, sie könnten auf die Ueberstunden- und Nachtarbeit der weiblichen Arbeitskräfte nicht verzichten, weil sie gefällige Arbeiterinnen in ausreichender Zahl nicht bekommen könnten. Die Vertreter des Metallarbeiterverbandes versicherten dagegen, ihr Arbeitsnachweis sei in der Lage, gefällige Arbeiterinnen in genügender Zahl zur Verfügung zu stellen. Es kam dann eine Vereinbarung dahin zustande, daß die Betriebe täglich drei Schichten zu acht Stunden einführen wollten. Das ist denn auch in verschiedenen Betrieben geschehen. In letzter Zeit hat auch die A. E. G. die dreischichtige Arbeit eingeführt. Es wird aber darüber geklagt, daß mehrere Tausend Arbeiterinnen der A. E. G. einen Anfangslohn von nur 22 Pf. für die Stunde bekommen und daß es lange Zeit bei dem Anfangslohn bleibt. Eine solche Entlohnung muß als ungewöhnlich niedrig bezeichnet werden. In anderen Betrieben verdienen Arbeiterinnen derselben Art 60 Pf. und in manchen Fällen noch mehr in der Stunde. Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik, die an der erwähnten Konferenz beteiligt war, hat für einen Teil ihrer Arbeiterinnen die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde verlängert. Bei der Firma Stöck wird in der Fräserie 11 Stunden gearbeitet und in der Trecherei mühten sich die Arbeiter dagegen wehren, daß ihnen eine Arbeitszeit von 12-13 Stunden zugemutet wurde. Mehrere Redner klagten darüber, daß nicht selten die Arbeiter und Arbeiterinnen nur zu gern bereit sind, Ueberstunden zu machen und daß es sehr schwer fällt, solchen Leuten das Verleugern ihrer Handlungsweise begründlich zu machen. Namentlich bei den Arbeiterinnen stoßen die Vermählungen, die für den Verband zu gewinnen, oft auf große Schwierigkeiten, denn sie meinen, nach dem Kriege würde es mit ihrer Beschäftigung zu Ende sein, also brauchen sie sich nicht erst dem Verbandsangehörigen anzuschließen. Gegenüber wurde ausgeführt, daß die Beschäftigung von Frauen nach dem Kriege nicht wieder auf das Maß zurückgehen wird, welches sie vor dem Kriege hatte, denn die Arbeitsteilung schreitet immer weiter fort. Sie ermöglicht die Beschäftigung von Frauen in größerer Zahl. Die Unternehmer, welche die Frauen immer noch als die billigere Arbeitskraft betrachten, werden also bestrebt sein, die Frauenarbeit auszunutzen. Es wird deshalb den Kollegen zur Pflicht gemacht, die Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen und darauf zu halten, daß die Frauen, wenn sie dieselbe Arbeit machen wie die Männer, auch den gleichen Lohn bekommen. Auch für die Einschränkung des Ueberstundenweises soll gewirkt werden. In den Betrieben, wo es möglich ist, täglich drei Schichten einzuführen, sollen Ueberstunden nicht gemacht werden.

Zum Tarif der Rohrleger und Helfer.

In einer Versammlung der Rohrleger leitete Siering mit, daß alle maßgebenden Körperschaften des Verbandes die Ansicht vertreten, daß es angesichts der jetzigen Verhältnisse besser ist, wenn über den Ablosstermin stillschweigend hinweggegangen werde und eine dementsprechende Verdienstförmigkeit empfinden. In der Diskussion wurde dem widersprochen. Der Tarif sei durchaus verbesserungsbedürftig, manche Punkte müßten einer neuerlichen Prüfung unterzogen werden, mindestens sei eine Ergänzung des Tarifs geboten. Die Fahrgebidräge sei zu regeln, auch entsprechende Stundenlohn bei weitem nicht den derzeitigen Verhältnissen, besonders wenn man andere Branchen in Vergleich ziehe. Von anderer Seite wurde erklärt, daß es besser sei, wenn der Tarif noch ein Jahr weiterlaufe. Es könne ja niemand gezwungen werden, zu den Mindestlöhnen zu arbeiten. Diese Ansicht vertrat auch Siering. Angesichts der stetig steigenden Preise für Lebens- und Bedarfsartikel sei es wirklich keinem Mitgliede zu verdenken, wenn es nicht zu den Mindestlöhnen des Tarifs arbeiten wolle. Der Tarif sei wirklich nicht vollkommen, aber die gegenwärtige Zeit sei nicht geeignet, eine Tarifbewegung durchzuführen. Die nachfolgende Abstimmung ergab die Annahme des Vor-

schlages gegen wenige Stimmen. Der Tarif läuft also wieder ein Jahr weiter.

Weiter berichtete Siering von Differenzen mit der Pulverfabrik Körting in Glaue bei Brandenburg a. D. Es sei bezeichnend, daß diese Firma sich auch heute noch weigere, den Tarif anzuerkennen. Durch bereitwilliges Eingreifen der Militärbehörde war aber immerhin in diesem neuerlichen Konflikt eine Einigung zu erzielen.

Aus dem Branchenbericht ergibt sich, daß die Unternehmer gegenüber der Forderung auf eine Teuerungszulage sich auf den Tarif beriefen. Zuletzt wurde aber doch eine Zulage gewährt. Streiks sind nicht zu verzeichnen.

Die Verhältnisse in der Bautischlerei während der Kriegszeit.

Bei Beginn des Krieges wurden die in der Fertigstellung begriffenen Bauten vollendet. Dann traten die Kriegswirungen in der Bautischlerei scharf hervor. Auf Privatbauten war so gut wie gar nicht zu rechnen. Im übrigen war auch schon vor dem Kriege infolge der ganzen Lage auf dem Baumarkt die Arbeitslosigkeit in der Bautischlerei eine große. Nach Beendigung der Bauperiode 1914 haben sich viele Bautischler gezwungen, anderweitig unterzunehmen, so bei der Post, bei der Straßenbahn, als Armierungsarbeiter, und schließlich, als die Mäntelindustrie aufblühte, auch als Metallarbeiter, in Sattlereien usw. — Kriegsarbeit wurde dann auch in der Holzbearbeitungsbranche gemacht. Bei dieser Kriegsarbeit waren nach einer Bestandaufnahme im Februar 1915 über 400 Bautischler beschäftigt. Viele von ihnen wurden auch eingezogen. — Nach Erhebungen im 3. Quartal 1915 waren vor dem Kriege in der Bautischlerbranche Berlins 154 Betriebe vorhanden. Während des Krieges entfiel kein Betrieb. Infolge des Krieges sind ganz geschlossen noch 56 Betriebe, wo vor dem Kriege 360 Bautischler gearbeitet haben. Eine Anzahl Betriebe, nämlich 13, haben während des Krieges Produktionswechsel vorgenommen, zum Beispiel wird u. a. Sattlerarbeit gemacht. In diesen 13 Betrieben waren vor dem Kriege 182 Bautischler beschäftigt; gegenwärtig beschäftigen sie 162. Die 90 Betriebe mit der gleichen Produktion beschäftigten vor dem Kriege 1356, sie beschäftigen gegenwärtig 770 Arbeiter und 8 weibliche Personen. Es ist das erste Mal, daß weibliche Personen in der Branche auftauchen, indem in Betrieben mit Maschinenarbeit teilweise versucht wurde, Frauen einzustellen. Aus Arbeitermangel kann das nicht geübt sein, denn Arbeitslose waren immer vorhanden. — Nach den Ziffern des Arbeitsnachweises gestaltete sich der Arbeitsmarkt während des Krieges in der Bautischlerei so, daß einem oft sehr hohen Aufschwelle der Zahl der Arbeitslosen ein Sinken derselben folgte. Zur Illustration wenige Ziffern. Während im Juli 1914, also noch vor dem Kriege, 489 Bautischler als arbeitslos eingeschrieben waren und Ende Juli 1915 Arbeitslose verblieben, waren im August 1902 Berufsangehörige als arbeitslos eingeschrieben. Ende August 1914 verblieben 502 arbeitslose Bautischler. Der Unterschied in der Zahl zwischen dem Beginn und dem Ende des Monats August 1914 erklärte sich daraus, daß viele Tischler eingezogen wurden und sich eine Anzahl als Armierungsarbeiter einschreiben ließen. Die Zahl der eingeschriebenen arbeitslosen Bautischler veränderte sich dann im Laufe der Zeit so, daß Ende des Monats September 1915 nur 49 Arbeitslose und Ende Dezember 1915 nur 62 Arbeitslose vorhanden waren. Mit der Konjunktur im Verlauf hat die geringe Zahl nichts zu tun, sondern sie ist u. a. besonders auf die dauernden militärischen Eingeziehungen zurückzuführen.

Ueber diese Gestaltung der Verhältnisse gab der Branchenleiter am Sonntag in einer Versammlung der Bautischler einen Bericht. Ferner ließ er sich noch über die Bestrebungen aus, Teuerungszulagen zu erzielen. Es ist gelungen, in einzelnen Betrieben etwas zu bekommen, allerdings lange nicht entsprechend der Teuerung. In anderen Betrieben aber, wo es bei Kriegsarbeit sehr wohl möglich gewesen wäre, ist jedoch die Gewährung einer Kriegszulage abgelehnt worden. Zum Teil sind daran die Kollegen schuld, die da glaubten, mit recht viel Ueberstunden etwas zu erreichen. — In bezug auf den Tarif trat am 1. Juli 1915 die Klausel in Kraft, die eine 15prozentige Erhöhung der Säge brachte. Es ist gelungen, auf die Durchführung der Bestimmung zu achten. Unter Branchenangelegenheiten kam Zirkel aus einem bestimmten Anlaß auf einen in der neuesten Nummer der „Holzarbeiterzeitung“ erschienenen Artikel zu sprechen, in welchem er eine einseitige Stellungnahme für eine gewisse Richtung in der Partei im Sinne der Ertelungnahme des „Correspondenzblattes“ der General-Kommission“ findet. Er meint, gegen eine solche Stellungnahme im Gewerkschaftsblatt müßte protestiert werden. Wenn der Schriftleiter politische Stellung nehmen, d. h. nicht bloß referieren sollte, dann

müßte er in die Parteiverfassungen und in die Parteipresse damit geben.

Fendel bemerkte darauf, der Redakteur gebe nur seiner Meinung Ausdruck. Wenn Zirkel Befehres dagegen zu sagen wisse, dann bliebe es ihm unbenommen, für die „Holzarbeiterzeitung“ einen Gegenartikel zu schreiben. Uebrigens sei auch noch die Preis-Kommission da.

Nach einer weiteren Auseinandersetzung zwischen Zirkel und Fendel wurde auf Antrag Zirkels beschlossen, den Antrag zu stellen, auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung als Verhandlungsgegenstand zu setzen: „Die Faltung der Holzarbeiterzeitung“.

Deutsches Reich.

Die Unterfütterung der Textilarbeiter in Wachen.

Die Stadt Wachen hat jetzt die Erwerbslosenunterfütterung der Textilarbeiter festgelegt. Für die Vermittlung der Unterfütterung wird bei der Krankenkasse festgesetzte tägliche Grundlohn, die Woche zu fünfzig Arbeitsstunden gerechnet, zugrunde gelegt, so daß bei abgestuften Auszahlungen von 60 bis 60 vom Hundert, wöchentliche Unterfütterungen von 2,50 M. bis 30 M. ausbezahlt werden. Anspruch hat, wer seit dem 1. Oktober 1915 in Wachen wohnt und dessen Erwerbslosigkeit oder Arbeitsbeschränkung auf den Krieg zurückzuführen ist. An Stelle der Unterfütterung kann auch geeignete Arbeit nachgewiesen werden. Auch kann ein Teil in Naturalien gegeben oder auf Antrag des Vermittlers als Miete an diesen ausbezahlt werden.

„Unangemessene Lohnforderungen.“

In Augsburg hatte der Magistrat seinerzeit beschlossen, die Arbeiten für die schon seit Jahren in Angriff genommene Kanalisation auch während des Krieges weiter zu betreiben, um für das dardiederliegende Baugewerbe Arbeit zu schaffen und somit der Arbeitslosigkeit zu wehren. Eine Gruppe Hausbesitzer, die von allem Anfang Gegner der Kanalisation gewesen waren, haben sich nun mit einer Beschwerde an die Regierung gewandt, weil die jetzt von der Stadt vorgenommenen Arbeiten eine Verschwendung öffentlicher Mittel zu übertriebenen Ausgaben und sozialen Zweden sei. Sie verlangten, daß diese Arbeiten bis nach dem Kriege verschoben werden sollten.

Die Kreisregierung von Schwaben hat nun zwar die Beschwerde der Hausbesitzer in der Hauptsache abgewiesen, konnte aber nicht umhin, in der getroffenen Entscheidung folgende Weisheit zum Besten zu geben:

Die von den Beschwerdeführern vorgebrachten Klagen über die Durchführung der Kanalarbeiten auch während des Krieges erscheinen wegen der damit verbundenen, ungewöhnlich hohen Belastung der Hausbesitzer als nicht erwünscht. Im ganzen Schwaben herrscht schon seit Monaten ein Mangel nicht nur an gelehrten Arbeitern, sondern auch an geeigneten Hilfskräften. Die zur Behebung der vermittelnd bestehenden Arbeitsnot im Baugewerbe zahlreich in Angriff genommenen Arbeiten, für deren Vollendung den Unternehmern häufig noch Termine gesetzt werden, lassen den Arbeitermangel immer noch spürbarer werden und die schon längst unangemessenen Lohnforderungen selbst ungelernter Arbeiter noch weiter steigern. Indem ist zu befürchten, daß die unter großen Opfern der Hausbesitzer in der jetzigen Zeit auszuführenden Kanalisations- und Installationsarbeiten durch ungewandte Arbeiter schlecht und infolge der Schwierigkeit der Materialbeschaffung auch minderwertig hergestellt werden.

Dem Magistrat wird schließlich nahegelegt, die Kanalarbeiten bis zum Wiedereintritt normaler Zeiten möglichst zu beschränken.

Es erwidert angezeigt, von dem sozialpolitischen Verständnis ein förmlich schwäbischen Kreisregierung, die sich mit ihrer Verfügung in diesem Gegenstand mit dem Erlaß des bayerischen Staatsministeriums stellt, weiteren Kreisen Kenntnis zu geben. Dabei sei darauf hingewiesen, daß die Bauarbeiter in Augsburg seit Jahren in einem Tariflohnverhältnis stehen und während des Krieges weder eine Lohnerrhöhung gefordert noch erhalten haben. In der gleichen Sitzung, in der der Regierungserkenntnis dem Magistrat zur Kenntnis gegeben wurde, lag ein Gesuch eines großen Tiefbauunternehmers vor. In diesem Gesuch wurde der Magistrat eindringlich um Zuweisung von Arbeit gebeten, andernfalls sämtliche Arbeiter und Angestellte der Firma entlassen werden müßten!

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: Ein Sommerstraßtraum.
(In der Neueinstudierung.)
Mittwoch: Der Biberpelz.
Kammerspiele.
8 Uhr: Der Weibsteufel.
Mittwoch: Der Weibsteufel.
Volksbühne. Theater a. Bülowpl.
8 1/2 Uhr: Viel Lärm um Nichts.
Mittwoch: Viel Lärm um Nichts.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
Zum 50. Male:
8 Uhr: Komödie der Worte.
(Albert Bassermann.)
Mittw.: Die gutgeschchnittene Ecke.
Deutsches Künstler-Theater.
Zum 100. Male. Anfang 8 Uhr:
Die selbige Exzellenz.

Dir. Meinhard-Bornauer.
Theater i. d. Königgrätzerstr.
Zum 25. Male:
7 1/2 Uhr: Götz v. Berlichingen.
Komödienhaus.
8 1/2 Uhr: Die rätselhafte Frau
Berliner Theater.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Kurland
und die Dünafront.

Theater für Dienstag, den 1. Februar.
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: Die Jüdin.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: Der pfiffige Kadett Juanita.

Montis Operetten-Theater
Gastsp. Ed. Lichtenstein aus Hamb.
8 Uhr: Der Sternruker.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Der Dornenweg.

Herrnfeld-Theater.
8 Uhr: Sokrates und Perlmutter.
Kleines Theater.
8 Uhr: Henriette Jacoby.
Komische Oper.
8 Uhr: Jung muß man sein.
Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: Der Gatte des Fräuleins.

Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Die gelbe Nachtigall.
Thalia-Theater.
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.
Theater am Nollendorfpf.
3 1/2 Uhr: Götz von Berlichingen.

Metropol-Theater (Maria Theresia).
8 Uhr: Die Kaiserin.
Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: Loge No. 7.

Theater des Westens
8 Uhr: D. Fräulein v. Amt
mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8 1/2 Uhr: Verheiratete Junggesellen.

Luisen-Theater.
Täglich 8.15: Muttersegen.
Freitag 4 Uhr: Struwwelpeter.
Freitag, d. 11. Febr., zum Benefiz für
Fritz Ritterfeldt:
Charlotte Klinger

Rose-Theater.
8: Gestern noch auf stolzen Rossen.
Donnerstag: Ich lasse Dich nicht.
Walhalla-Theater.
8 Uhr: Grigri.
Morgen 4 Uhr: Dornröschen.

WINTERGARTEN
Neuer Spielplan!
Clotilde von Darp. Tänze.
4 Veras, Drahtseilkünstlerinnen
2 Milfords, Excentrics
7. Sennets, kom. akrob. Szene
Wilma, Sandmalerin
Max u. Moritz, radfahrende Affen
Kaufmanns Rollschuhläuferin.
Gobert Belling, kom. Dressuren
u. a. m. **Kinematograph.**
Außerdem: **Abends 9 Uhr:**
Die schöne Komödiantin
Operette in 1 Akt
v. Eugen Burg u. Louis Taubert.
Musik von **Leo Ascher.**
Mitwirkende:
Elsa Berna — Lotte Werkmeister
v. Thalia-Theat. a. G.
Gustav Matzner — Heinrich Peer
Julius Spielmann

Palast
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.
Joseph Plaut
und des große, vorwiegend
heitere Februar-Programm.
Fliegende Hunde — Margarethas
Wundergarten — Asra — Bären —
Merkel — Geschw. Holz usw.

Admiralspalast
Eis-Arena
Großes
Eis-Ballett.
8 1/2 Uhr. 2, 3, 4 M.
Vorzügliche Küche.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Die von der Emden
Anfang 8 Uhr.
Für Militärper-
sonen vollkomm
freier Zutritt zu
d. Stett. Sängern.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Täglich
Großes Konzert.
Berliner Konzerthaus-Orchester
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Freitag, den 4. d. M.: Gr. Kaiser-Geburtsfest. ver-
anstaltet vom Verein ehemaliger Kameraden des Königin-Elisabeth-Garde-
Grenadier-Regts. No. 3.

Circus Busch
Heute Dienstag 8 Uhr:
Das vollständig neue
Februar-Programm! u. a.:
Fuß
Radsprung über 12 Pferde.
Radotzhys
humorist. Bären-Dressur.
Loti Revos
sensationeller Luftakt
n. nie v. einer Dame ausgef.
Gebr. Lindens
Matrosenspiele v. 15 m hohem
schwankenden Mast.
Ferner prolongiert:
Herr u. Frau Direktor Althoffs
ganz neue Meisterdressuren
„Puppchen“, d. Operettenpferd.
3 Schw. Blumenfeld. — Geschw.
Jansly. — Polly Dassi, urkom.
Spaßmacher.
Zum Schluß:
Ein Wintermärchen.
O. weit, ungestüm. Andranges weg.
wiederum
Sonabend nachm. 3 1/2 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Münzen
lauff Ball.
Ringenhandlung.
Wilhelmstr. 46/47

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Morgen Mittwoch, den 2. Februar:
„Lenore“
oder: „Die Grabesbraut“.
Baterl. Schausp. m. 9 Akt. (3 Abt. 3 Bld.)
von Karl v. Holst.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Nata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-2 und 4-8

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Polizei-Präsidenten. — Amt Kas. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Telef. für alle Krankenkassen

Kennen Sie die Wohltat
einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager
resp. nach Maßanfertigung sowie
aller
Bruchbandagen
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lottkringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.
Entfettungste
„Grasina“, reines Pflanzen-
produkt, dessen unersch. natürl.
Wirkung wissenschaftlich groß-
kannt ist. Kein Abführmittel. Große
Gewichtsabnahme auch ohne Ein-
halten einer bestimmten Diät.
25 jährige glänzende Erfolge.
2,50 M., 3 Pakete 7 M. **Otto**
Reichel, Berlin 48, Eisenbahnstr. 4.

Beschlagnahme der Web- und Wirkwaren.

Berlin, 1. Februar. (W. T. V.) Das Oberkommando in den Marken erläßt folgende Bekanntmachungen:

Am 1. Februar 1916 sind zwei umfangreiche Bekanntmachungen betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Web-, Wirk- und Strickwaren (W. M. 1000/11. 15. K. R. A.) und betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen für Heer, Marine und Feldpost (W. M. 1300/12. 15. K. R. A.) erschienen, durch die in umfassender Weise im Interesse einer vorausschauenden Versorgung von Heer und Marine der freie Handel mit den durch die Bekanntmachungen betroffenen Gegenständen eingeschränkt werden mußte.

Gleichzeitig haben jetzt die Militärbehörden in den verschiedenen Bezirken ein Verbot erlassen, das für alle Kreise der Bevölkerung, die an dem Einkauf von Web-, Wirk- und Strickwaren beteiligt sind, von besonderer Bedeutung ist. Nach diesem Verbot dürfen Web-, Wirk- und Strickwaren (gleichgültig, aus welchen Spinnstoffen sie hergestellt sind) sowie die hieraus gefertigten Erzeugnisse zu keinem höheren Preis verkauft werden, als der vor dem 31. Januar 1916 bei gleichartigen oder ähnlichen Verkäufen erzielt ist. Hat ein Verkäufer vor dem 31. Januar 1916 den betreffenden Gegenstand nicht gehandelt, so ist der Preis maßgebend, den ein gleichartiges Geschäft innerhalb desselben höheren Verwaltungsbezirks vor dem 31. Januar 1916 für den Gegenstand erzielt hat. Hiernach darf angenommen werden, daß einer Preissteigerung in Web-, Wirk- und Strickwaren und den aus ihnen gefertigten Gegenständen wirksam vorgebeugt ist.

Am 1. Februar 1916 tritt eine neue Bekanntmachung über Beschlagnahme und Bestandserhebung von Web- und Wirkwaren (W. M. 1000/11. 15. K. R. A.) in Kraft. Diese Bekanntmachung, die an Stelle der früheren Bekanntmachungen Nr. W. L. 734/8. 15. K. R. A., W. M. 231/9. 15. K. R. A., W. M. 1007/10. 15. K. R. A. und W. M. 909/11. 15. K. R. A. tritt, umfaßt alle Web- und Wirkwaren, gleichviel ob sie aus Schafwolle, Mohair, Kamelhaaren, Alpaka, Kaschmir oder sonstigen Tierhaaren, Kunstwolle, Baumwolle, Kunstbaumwolle, Bastfasern oder sonstigen Pflanzenfasern, aus Abfällen oder Mischungen der genannten Spinnstoffe allein oder aus einer Zusammenfügung verschiedener Spinnstoffe, bei Sandsack- und Strohsackgeweben auch unter Verwendung von Papier hergestellt sind. Insbesondere betrifft die Bekanntmachung:

- 1. Stoffe zur Oberbekleidung für Heer, Marine, Beamte und Gefangene,
2. Schlaf- und Pferdebeden (Bollachs) und Deckstoffe,
3. Männer-Trikotagen,
4. farbige Wäschestoffe und farbige Stoffe für Krankenbekleidung,
5. farbige Futterstoffe,
6. rohe und gebleichte Wäsche- und Futterstoffe, Drillischzugstoffe,
7. Segeltuche und Planstoffe,
8. Sandsackstoffe.

Alle vorgenannten Gegenstände werden beschlagnahmt. Die Art der Beschlagnahme und die von ihr betroffenen Mengen sind bei den einzelnen Gegenständen verschieden, wie sich im einzelnen aus einer der Bekanntmachung beigelegten ausführlichen Uebersichtstafel ersehen läßt.

Die Beschlagnahme umfaßt auch die in der Herstellung begriffenen Gegenstände, sobald ihre Herstellung beendet ist, sowie die Gegenstände, welche von einer Abnahmestelle des Heeres oder der Marine zurückgewiesen werden oder unerlaubt hergestellt sind. Bei der einschneidenden Wirkung dieser Bekanntmachung ist eine ganze Reihe von Ausnahmestimmungen von der Beschlagnahme aufgestellt. U. a. sind nicht beschlagnahmt die im Gebrauch gewesenen oder im Gebrauch befindlichen Gegenstände; diejenigen Vorräte eines Eigentümers, die geringer sind als die in der Uebersichtstafel für die einzelnen Klassen festgesetzten Mindestvorräte, alle am 1. Februar 1916 vorhandenen Stoffzuschnitte, alle Gegenstände, für welche Lieferungsverträge mit einer deutschen Heeres- oder Marinebehörde bis zum 1. Februar 1916 abgeschlossen worden sind, 25 Prozent der an sich unter die Beschlagnahme fallenden Stoffmengen, die sich am 1. Februar 1916 in Besitz von Konfektionsbetrieben oder gemeinnützigen Nähstuben befinden, Gegenstände, die nach dem 8. Dezember 1915 vom Ausland eingeführt werden.

Die beschlagnahmten Gegenstände, die bis auf weiteres getrennt von den beschlagnahmten Vorräten zu verwahren sind, unterliegen einer Meldepflicht. Maßgebend für die Meldepflicht ist bei der ersten bis zum 1. März 1916 an das Bestoffmeldeamt der Kriegsrüststoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums einzuschickende Meldung der am Beginn des 1. Februar 1916 vorhandene Bestand. Außer den Meldungen, für die amtliche Meldebücher bei den Vertretungen des Handels (Handelskammern und so weiter) anzufordern sind, ist von jeder meldepflichtigen Qualität ein Muster dem Bestoffmeldeamt einzuschicken. Außerdem hat jeder Meldepflichtige ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Veränderung in den Vorratsmengen und ihre Verwendung ersichtlich sein muß.

Das Bestoffmeldeamt der Kriegs-Rüststoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums ist ermächtigt worden, das Eigentum an den beschlagnahmten Gegenständen gemäß der Bundesratsverordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf auf die ihm bezeichneten Personen zu übertragen. Durch eine beim Königlich Preussischen Kriegsministerium gebildete Bewertungsstelle für Webstoffe wird zunächst grundsätzlich eine gütliche Einigung mit dem Eigentümer der beschlagnahmten Gegenstände angestrebt werden. Soweit diese nicht zustande kommt, muß die Preisfestsetzung durch das Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf erfolgen.

Die Bekanntmachung enthält eine besonders große Anzahl von Einzelbestimmungen, die für jeden durch sie Betroffenen von Wichtigkeit sind. Ihr Wortlaut kann bei den Polizeibehörden eingesehen werden.

Berlin, 31. Januar. (W. T. V.) Gleichzeitig mit der neuen Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Web- und Wirkwaren (W. M. 1000/11. 15. K. R. A.) tritt am 1. Februar 1916 eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen für Heer, Marine und Feldpost (W. M. 1300/12. 15. K. R. A.) in Kraft.

standserhebung von Web- und Wirkwaren (W. M. 1000/11. 15. K. R. A.) tritt am 1. Februar 1916 eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen für Heer, Marine und Feldpost (W. M. 1300/12. 15. K. R. A.) in Kraft.

Durch diese Bekanntmachung werden eine ganze Reihe einzeln aufgeführte fertige Gegenstände, die als Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände für Heer, Marine und Feldpost in Betracht kommen, beschlagnahmt, gleichviel, aus welchen Rohstoffen die dazu verwandten Webwaren hergestellt sind, und ohne Rücksicht auf Farbe und Herstellungsart. So sind beschlagnahmt: Uniformröcke, Vitenpfe, Feldblusen, Mäntel, Sojen, Feldmützen, Halsbinden; Kriegsgefangenen-Anzüge; Drillhosen, Drillröcke, Drillhosen; Männerhemden (nicht Oberhemden und Nachthemden), Männerunterhosen; Helmbezüge, Tornister, Militär-Rucksacke, Protbeutel, Zeltzubehörende, Packtaschen, Schanzzeug- und Traktieren-Futterale, Feldflaschenüberzüge; Munitions- und Wassertragefäße, Reiter-Futterläde, Tränkeimer, Proschläsische, Zeltläde; Zeltbahnen, Zelte, Fahrparkpläne aus Segeltuch, Sandsäcke. Veränderungen an den beschlagnahmten Gegenständen und Verfügungen über diese sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Bestoffmeldeamts des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin, zulässig.

Ausgenommen von der Beschlagnahme sind: im Gebrauch gewesene oder im Gebrauch befindliche Gegenstände; Gegenstände, welche sich am 1. Februar 1916 im Eigentum von staatlichen oder kommunalen Behörden oder Anstalten, sowie von Vereinigungen für unentgeltliche Liebesgabenbeschaffung, Vereinslazaretten und privaten Krankenhäusern befinden; Gegenstände, für welche Lieferungsverträge mit einer Stelle des Heeres, der Marine oder der Feldpost bis zum 1. Februar 1916 abgeschlossen sind, wenn auch alle auf die Lieferungen bezüglichen Zwischen- und Unterverträge bereits bis zum 1. Februar 1916 abgeschlossen waren; Männerhemden und Männerunterhosen, welche nach dem 8. Dezember 1915 aus dem Reichsausland eingeführt sind; Gegenstände, für die bis zum 8. Dezember 1915 eine Ausfuhrbewilligung des Reichszollamts erteilt worden ist.

Abgesehen von der Festsetzung von Ausnahmen von der Beschlagnahme sind bestimmte Vorräte einer jeden Person, deren Mengen im einzelnen in der Bekanntmachung aufgeführt sind, für den Kleinverkauf freigegeben. Diese Mengen sind jedoch nur freigegeben, wenn sie unmittelbar an den Verbraucher veräußert werden und der Verkaufspreis den vor dem Inkrafttreten der Bekanntmachung erzielten Preis nicht übersteigt.

Das Bestoffmeldeamt des Königlich Preussischen Kriegsministeriums ist ermächtigt, das Eigentum an den beschlagnahmten Gegenständen gemäß der Bundesratsverordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf auf von ihm bezeichneten Personen zu übertragen. Eine bei dem Königlich Preussischen Kriegsministerium gebildete Bewertungsstelle für Webstoffe wird zunächst eine gütliche Einigung über den Uebernahmepreis mit dem Eigentümer der beschlagnahmten Gegenstände zu erzielen versuchen. Soweit eine Einigung nicht zustande kommt, muß die Preisfestsetzung durch das Reichsschiedsgericht gemäß der erwähnten Bundesratsverordnung erfolgen.

Die Bekanntmachung ordnet gleichzeitig eine monatliche Meldepflicht für alle am 1. Februar 1916 vorhandenen Vorräte der beschlagnahmten Gegenstände an. Die erste Meldung hat bis zum 15. Februar 1916, die folgenden Meldungen haben bis zum 8. eines jeden Monats (erstmalig bis zum 8. April 1916) an das Bestoffmeldeamt der Kriegsrüststoff-Abteilung zu geschehen. Für die Meldungen sind amtliche Meldeskarten für Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke beim Bestoffmeldeamt durch Postkarte anzufordern. Bei der Meldung von Sandsäcken ist gleichzeitig ein Muster zu übersenden. Außerdem muß jeder Meldepflichtige ein Lagerbuch führen, aus dem jede Veränderung der Vorratsmengen und ihre Verwendung zu ersehen ist.

Der Wortlaut der Bekanntmachung, die eine ganze Reihe von Einzelvorschriften enthält, ist bei der Polizeibehörde einzusehen.

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Die Kreisversammlung des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg nahm am Sonntag, den 30. Januar, Stellung zu der Sonderaktion der Widerarbeit. Vertreten waren 48 Ortsvereine. Das Referat hatte der Abgeordnete des Kreises, Genosse Zubeil, der die Notwendigkeit seines Vorgehens und seiner Beteiligung an der Sonderaktion der Zwanzig begründete. Korreferent war der Reichstagsabgeordnete Genosse Otto Wels, der seine gegenteilige Auffassung vortrug. Nach einer sehr eingehenden Aussprache wurde folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

„Die heute, am 30. Januar 1916 tagende Vorstandskonferenz des Kreises Teltow-Beeskow kann sich mit der Sonderaktion der 20 Genossen nicht einverstanden erklären.“

Sie hätte vielmehr erwartet, daß Parteigenossen in so herbortragender Stellung ihre ablehnende Haltung zu den Kriegsvorkämpfern durch Verlassen des Saales Ausdruck gegeben hätten, entsprechend den Traditionen und Fraktionsbeschlüssen.

Die Konferenz hält den Bestand, sowie die solidarische, d. h. die allein Erfolg versprechende Betätigung jeder Organisation für unmöglich, wenn es jedem Mitgliede oder Funktionär der Partei gestattet sein würde, nach eigenem Willen den Beschlüssen der Mehrheit entgegen zu handeln.“

Aus Groß-Berlin.

Die Feinschmiedertafel in Kriegszeiten.

Die Schilderungen auswärtiger Blätter, nach denen die Deutschen schon grüne Seife äßen, hat einen Mitarbeiter des „Lokal-Anzeigers“ veranlaßt, eine Schilderung entgegenzustellen über die Lederlöffel, welche die Tafel der Feinschmieder zieren. Wir finden da folgendes ausgeführt:

„Kaviar, Austern, Hummern, Gänseleberpasteten, Frühgemüse, Trüffel, Vachs, Forellen, sie sind nicht nur in überreichen Mengen — gleichsam als römischer Protekt gegen die feindlichen „Hungerboten“ — Gerüchte — in den Schaufenstern unserer Delikatessengeschäfte, sie werden auch, erfreulicherweise, viel begehrter. Abgesehen von der grünen Seife. An den begehrtesten unter ihnen zählen die Austern, die von jeder zu den Liebhabern der Feinschmieder gehören. Neben jenen, die sie, nach alter Sitte, nur mit etwas Zitronensaft beträufeln, wird es viele

andere geben, die nach und nach dazu übergehen werden, sie auch in anderer Form zu genießen, zu der sie alle Ingeburgen bei den Delikatessenhändlern selbst ersehen, oder sie von unseren vortrefflichen fogenannten Stadtsüßen, die sich im Anschluß an verschiedene derartige Kaufhäuser befinden, gleich fertig liefern lassen können. Dazu gehören die Austernsuppen, ferner die Austern auf amerikanische Art mit Sauerholz und Speck, oder geröstet als Beilage zu weißen Pöscheln. Wer seine Gäste zu Beginn der Mahlzeit mit einem guten Austern-Cocktail erfreuen will, leere in je ein kleines Weinglas 4-6 Stück kleine Austern mitamt der in ihrer Schale befindlichen Flüssigkeit, presse den Saft einer Viertel-Zitronen darüber, gieße darauf einen Schuß pikanter Fleischsauce (mit heißen deutsche Fabriksate, die der Worcester'shire-Sauce gleichwertig sind), einige Tropfen scharfer Tomatenketchup, dazu einen Schloßel geriebenen Meerrettich mit etwas Essig und Zucker, aber ohne Öl, angerührt, und füge eine Weinigkeit weißen Pfeffer hinzu. Diese Schärfe, die da vereinigt werden, entsprechen dem amerikanischen Geschmack, der bekanntermahen alles Gepfefferte und Gewürzte bevorzugt, desgleichen das Gegenständige, wie eine Tasse Schokolade als Getränk zu Hammelkoteletts — während die österreichische Küche darauf Wert legt, daß jedes Gericht den Geschmack und die Eigenart behält, die es besitzt. Ein Uebermaß von Gewürzen und aromatischen Esenzen soll vermieden werden, und wenn z. B. Forellen weder blau noch als Filets verwendet werden sollen, sondern in einer komplizierteren Form, man sie also ausnimmt, aus dem Fleisch eine feine, gebackte Füllung macht und diese dann wieder der Forelle „eimerleibt“, die außerdem mit Hummerstreifen garniert wird, so muß die Forelle dennoch ihren ursprünglichen Geschmack unverändert aufweisen. Die Feische und Güte der Waren, die in unseren Delikatesshäusern zu verlockenden Stillleben gruppiert sind, erleichtert diese schwierige Kunst.“

Daß der Kaviar wie die Hummern in ganz außerordentlich großen Quantitäten in Berlin verbraucht werden, ist eine Tatsache, die nicht nur in den Verkaufsgeschäften, sondern auch in den Weinrestaurants augenfällig in die Erscheinung tritt. Besonders an den fleischlosen Tagen kann von einem Massenkonsum dieser schmackhaften Dinge gesprochen werden. 25 bis 30 Zentner Hummern sind da ungefähr der Tagesverbrauch. Nach wie vor ist Kaviar, trotz reichlichen Verbrauchs, vorhanden, und wird auch nicht „knapp“ werden, was nicht nur den Gesunden, die ihn aus feinschmiedertischen Gründen schätzen, erfreulich zu hören sein dürfte, sondern auch den Kranken, denen er seine leichteste Bekömmlichkeit wegen empfohlen wird. Bis zum Kriege wies die deutsche Zollstatistik eine jährliche Kaviareinfuhr von 9 bis 10 Millionen Mark auf, dabei war Ware nicht inbegriffen, die unter Zollverschluss als sog. Transitgut ins Ausland wanderte, da Berlin der Hauptstapelplatz für Kaviar war und ist. Selbst Frankreich, England und teilweise auch Amerika pflanzten hier einen großen Teil ihres Kaviarbedarfs zu decken. Man kann den Vorrat, der von April bis Juni in Berliner Gefrierhäusern lagert, auf zehn Millionen Mark bewerten. Abgesehen von Russland, das naturgemäß den stärksten Kaviarconsumum besitzt, ist Deutschland an allererster Stelle mit seinem Jahresumsatz zu nennen. Sehr bedeutend ist auch der Umsatz an Gänseleberpasteten, die erfreulicherweise in so manchem Liebesgabenpaket den Weg zu unseren Feindgenossen nehmen und von ihnen als willkommene Gabe freudig begrüßt werden dürften. In den 850 Jahren, die seit der Zeit verlossen, da ein französischer Stüchsen im Dienste des Marschalls de Contades nach Stralsburg kam und dort die Gänseleberpastete erfand, ist dieses Erzeugnis allerorten nachgemacht und derart vervollkommen worden, daß man wohl mit Recht behaupten kann, daß heute die deutschen Fabrikate an Feinheit und Geschmack nicht im geringsten hinter den französischen nachstehen. Sie haben außerdem den Vorzug, das auch tatsächlich zu sein, was sie darstellen — reine Gänselebern in Pasteten —, während die französischen Produkte wohl nicht immer einwandfrei gewesen sein müssen, sonst wäre nicht vor einiger Zeit ein Geisetz erlassen worden, wonach Gänselebern in Terrinen oder in Pasteten „nicht mehr als 25 Proz. anderer Präparate“ enthalten dürften. ...

So mag sich schon ganz gut leben lassen, wer sich das leisten kann. Die große Zahl der Bevölkerung muß aber auf Kaviar und Austern auch schon in Friedenszeiten verzichten. Und wenn sie auch keine grüne Seife essen muß, so kann sie weder Kaviar noch Austern verzehren. Weder der Magen noch das Portemonnaie erlauben das!

Bekanntmachung.

Amtlich, Berlin, 31. Januar 1916. (W. T. V.) Im Hinblick auf die von der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin erlassene Verordnung über den Aushang und die Aufstellung von Preisverzeichnissen vom 28. Januar 1916 bestimme ich hiermit:

Die über den gleichen Gegenstand erlassene Bekanntmachung vom 16. Juli 1915 — O. Nr. 85 004 — tritt für das Gebiet der Stadt Berlin, der Stadtkreise Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Berlin-Nichtenberg, Neudöln und der Landkreise Teltow und Nieder-Barnim am 1. Februar d. J. außer Kraft. Der Oberbefehlshaber in den Marken,

gez. v. Kessel, Generaloberst.

Um die Messingtüren.

Die Beschlagnahme der Messingtüren von Stubenöfen und Kochmaschinen wird jetzt durchgeführt. Aus vielen Häusern hat man diese Türen bereits abgeholt, aber nicht immer ist so gleich für Ersatz gesorgt worden. Daraus ergeben sich Unzuträglichkeiten und Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern. Aus unserem Leserkreis erhielten wir Beschwerden darüber, daß Hauswirte die herausgenommenen Türen noch nicht durch andere ersetzt haben. Das siehe sich vielleicht ertragen bei solchen Türen, die nur als Zierrat dienen. Auch hier wäre im übrigen der Wirt nach dem Mietvertrag verpflichtet, Ersatz zu schaffen. Beschlagnahmen sind aber auch die Messingtüren vor den Kachelöfen der Kochmaschinen. Werden hier die weggenommenen Türen nicht durch andere ersetzt, so steigt die ohnehin teure Feuerung zum Schornstein hinaus. Vergeblich bemüht sich dann die Hausfrau, ihre Küche warm zu kriegen. Daher haben sich Frauen schon weigern wollen, diese Türen herzugeben.

Wir müssen Mieter davor warnen, die Ablieferung der Messingtüren zu verweigern. Die Türen sind selbstverständlich Eigentum nicht des Mieters, sondern des Hauswirts. Aber auch er hat über sie kein Verfügungsrecht mehr, da sie ja längst beschlagnahmt und ihm nur bis auf weiteres noch zur Benutzung überlassen sind. Selbst der Hauswirt würde sich strafbar machen, wenn er die Herausgabe der Türen verweigern wollte. Man darf nicht verkennen, daß die sofortige Anschaffung von Ersatztüren doch wohl nicht immer ganz einfach ist. Die Schwierigkeiten, die sich da ergeben dürften, sind in den Kreisen der Hauseigentümer schon seit Wochen erörtert worden. Den plötzlich auftretenden großen Bedarf an Ersatztüren wird die Industrie nicht so rasch befriedigen können, wie die Mieter begreif-

Sicherheit es wünschen und wie es gewiß auch jeder verständige Hauswirt wünscht. Wo etwa Böswilligkeit eines Hauswirtes vorliegt, da muß man freilich fordern, daß Zwang gegen ihn angewendet wird. Man kann nicht verlangen, daß in jedem Fall der Mieter erst zum Gericht läuft, um sich sein Recht zu erstreiten. Notwendig wäre eine Verordnung, die jeden Hauswirt anweist, die schlechtesten Ersatz für solche Türen zu schaffen, die dem Mieter unentbehrlich sind. Wir denken besonders an die vor den Kachelöfen der Kochmaschinen angebrachten Türen, die auch zum Schutz gegen Feuergefahr dienen. Vielleicht genügen hier zur Durchsicherung der Ansprüche des Mieters schon die feuerpolizeilichen Vorschriften, so daß eine besondere Verordnung nicht mal erforderlich wäre.

Aufbewahrungsstelle für Feuerbestattungs-Erklärungen.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats teilt mit: Wiederholt ist der Wunsch geäußert worden, eine amtliche Aufbewahrungsstelle für diejenigen Urkunden einzurichten, die nur eine letztwillige Anordnung der Feuerbestattung enthalten. Es ist häufig vorgekommen, daß der Wille der Verstorbenen nicht erfüllt werden konnte, weil diese Urkunde nicht aufzufinden war. Diesem Mangel soll jetzt dadurch abgeholfen werden, daß die Erklärungen beim städtischen Friedhofsbureau im Rathaus, Zimmer 104, aufbewahrt werden können. Der Ueberbringer hat sich zu legitimieren und erhält, falls er der Testator selbst ist, einen Hinterlegungsschein, andernfalls wird der Schein letzterem durch Einschiebsbrief übersandt. Die Zurücknahme kann jederzeit gegen Rückgabe des Hinterlegungsscheins an den legitimierten Testator erfolgen. Im Falle des Ablebens des letzteren wird die Erklärung dem legitimierten Inhaber des Hinterlegungsscheins und der Sterbeurkunde ausgehändigt oder auf Wunsch dem zuständigen Polizeibureau übersandt. Gebühren werden nicht erhoben, auch nicht von außerhalb Berlins Wohnhaften.

Konzert des Bezirksbildungsausschusses.

Sonnabend, den 12. Februar, findet das zweite Winterkonzert des Bezirksbildungsausschusses in der Festhalle des Berliner Stadthauses statt. An diesem Abend werden mitwirken: als Sängerin Frau Paula Weinbaum, Herr Julius Thorneberg, Konzertmeister des Philharmonischen Orchesters (Violine), Herr Wilhelm Scholz (Klavier) sowie der Männerchor Typographia unter Leitung des Chorleiters Alexander Weinbaum.

Um möglichst weiten Kreisen der Berliner Arbeiterschaft den Besuch dieses Konzertes zu ermöglichen, ist der Eintrittspreis wieder auf 30 Pf. festgesetzt. Da am Konzertabend eine Abendkassette nicht eröffnet wird, müssen die Eintrittskarten im Vorverkauf in den nachstehenden Verkaufsstellen bezogen werden.

Die Willkürverkaufsstellen befinden sich:

- a) Berlin:
Restaurant Boersch, R. 9, Oldenburger Str. 10, Restaurant Schabe, R. 9, Köpcke-Str. 9, Restaurant Vahr, R. 9, Vahrdt-Str. 44, Restaurant Dobrowsky, R. 9, Weinmünder Str. 11, Restaurant Dahms, R. 9, Schlegelstr. 9, „Vorwärts“-Spekulation Mars, Greifenberger Str. 22, Restaurant Kochhaus, Schliemannstr. 39, „Vorwärts“-Spekulation Buch, Immanuelstr. 12, Zigarrengeschäft Weiß, Georgenkirchstr. 61, „Vorwärts“-Spekulation Danisch, Aderstraße 174, Restaurant Stein, An der Stralauer Brücke 3, Restaurant Reguli, Bischoffstr. 12, Restaurant Weichnack, Grünstr. 21, Wahlvereinsbureau 4, Arcis, Stralauer Platz 10/11, Zigarrengeschäft Dietrich, Kominiener Str. 46, Zigarrengeschäft Peters, Wilhelm-Str. 6, Restaurant Mir, Stalger Str. 59c, Zigarrengeschäft Horsch, Engelstr. 13, Restaurant Felsmann, Oranienstr. 180, Zigarrengeschäft Valer, Schönleinstr. 23, Zigarrengeschäft Lazarus, Steinmehlr. 60, Zigarrengeschäft Schröder, Vogelberger Str. 53.

- b) In den Vororten:
Steglitz-Friedenau: Fritz Hellmann, Steglitz, Schildhornstr. 56, Schöneberg: „Vorwärts“-Spekulation Baumler, Martin-Luther-Str. 69, Charlottenburg: Silberbrunn, Wallstr. 23 (Konsumgeschäft), Neufölln: Bureau des Wahlvereins, Redarstr. 3, Treptow-Baumschulenweg: Restaurant Scholz, Treptow, Gröbstr. 48, Lichtenberg: Bureau des Kreiswahlvereins, Neue Bahnhofstr. 31, Oberschöneweide: W. Badelt, Edisonstr. 50 (Konsumgeschäft), Pantow: W. Graumann, Kreuzstr. 14, Weihensee: „Vorwärts“-Spekulation Kopsch, Berliner Allee 11, Reinickendorf: „Vorwärts“-Spekulation Gursch, Provingstr. 56, Wilmersdorf: Konsumgeschäft, Wilhelmstraße 25, Tempelhofer Konsumgeschäft, Dorffstr. 21/22, Bohnsdorf: Otto Oppenborn, Paradiesstr. 7.

Laubendiebstahl, zwei elfjährige Knaben, wurden von der Reutheimer Kriminalpolizei festgenommen. Dieser fiel es auf, daß eine Frau S. aus der Weichselstraße einen schamhaften Handel mit Hühnern, Tauben und Kaninchen betrieb. Sie gab erst an, daß sie ihre Waren von einem ihr nicht weiter bekannten Manne kaufte, mußte aber endlich einräumen, daß sie die Waren von ihrem elfjährigen Sohne und dessen Altersgenossen und Mitschüler erhielt. Diese beiden zogen nichts aus, erbrachen Lauben und Ställe, schlachteten das Geflügel und die Kaninchen und brachten die Beute stets zu Frau S. Sie haben die jetzt zwölf Einbrüche eingeräumt. Beide wurden dem Jugendgericht übergeben, die Frau S. dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Leichenfund. Hinter Weihensee fand Sonntag ein Soldat in einem zwei Meter tiefen Nieselgraben einen Mann tot liegen. Die Befragung der Leiche ergab, daß äußere Verletzungen nicht vorhanden waren, daß der Mann vielmehr an Erstickung gestorben ist. Der Tote wurde festgesetzt als ein 40 Jahre alter Arbeiter Richard Born aus der Brunnenstr. 86, der an einer inneren Krankheit litt, tiefsinnig war und seit zehntägigen Tagen vermisst wurde. Der Unglückliche ist wahrscheinlich planlos umhergeirrt, bis er entkräftet in den Graben fiel.

Frauen- und Männerchor. Der durch seine Mitwirkung bei Veranstaltung des Jugend- und Bildungsausschusses bekannte Gesangsverein „Männerchor Ost“ (Chorm. S. 215) beabsichtigt im Aufschluß an den Männerchor einen Frauenchor zu gründen. Zu diesem Zweck findet am Freitag, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in R. Heinrichs Vereinshaus Große Frankfurter Str. 80, eine Versammlung statt. Gesangslindef und langgestreckte Frauen und Mädchen, die gewillt sind, einem vorwärtsstrebenden Chor beizutreten, werden gebeten, in der Versammlung zu erscheinen.

Aus den Gemeinden.

Kriegsteuerzulagen für Gemeindefullehrer in Charlottenburg.

Mit Rückwirkung vom 1. Oktober vorigen Jahres ab werden nach einem Beschlusse des Magistrats der Stadt Charlottenburg die Familienzulagen, die dort den städtischen Beamten und Angestellten zurzeit gezahlt werden, auch den Gemeindefullehrern als Kriegsteuerzulage gewährt. Dies bedeutet eine grundsätzliche Neuerung, da nach dem Lehrerbefreiungsgesetz die Zulässigkeit der Gewährung solcher Zulagen fraglich erschien. Die Aufsichtsbehörde hat auf Antrag des Magistrats nunmehr die Gewährung der Zulagen für die Dauer des Krieges genehmigt.

Städtischer Reisverkauf in Köpenick.

Der Stadt ist ein größeres Quantum Reis für die minderbemittelte Bevölkerung überlassen worden, der nur gegen Vor-

zeigung der Brotkarte an ortsangehörige Einwohner abgegeben wird. Auf eine Brotkarte darf nicht mehr als 1/2 Pfund pro Woche abgegeben werden. Der Preis ist festgesetzt worden auf 45 Pf. für das Pfund Rangoreis und auf 25 Pf. für Bruchreis. Der Reisverkauf erfolgt durch die Händlerkassette.

Soziales.

Erholungsstätte und Krankenhaus.

Infolge der Beigerung einer Krankenkasse die durch Aufenthalt einer Erholungsstätte erwachsenden Kosten zu erstatten, hatte das sächsische Landesversicherungsamt die Frage zu entscheiden, ob Erholungsstätten Krankenhäusern im Sinne der Reichsversicherungsordnung gleich stehen. Es hat diese Frage mit Recht bejaht.

Der Nordmacher S. war auf ärztliches Anraten vom 11. Februar bis 11. Mai 1915 wegen Augenpigmentarthritis in der Friedrich-August-Erholungsstätte bei Vorna untergebracht worden. Die Anhaltskosten (225 Mark) hatte zunächst der Ortsarmenverband Freiberg übernommen, der jedoch später von der Ortskrankenkasse der Holzarbeiter und verwandter Gewerbe in Freiberg, dessen versicherungspflichtiges Mitglied S. vorher gewesen war, Erstattung verlangte. Versicherungsamt und Oberversicherungsamt haben die Verurteilung der Kasse ausgesprochen. In ihrer Revision machte die Kasse neben formellen Einwänden vor allem geltend, daß Erholungsstätte keine Krankenhäuser seien, die Kassen aber nur zum Ertrag der Kosten bei Krankenhausbehandlung verpflichtet wären. Das Landesversicherungsamt hat das Rechtsmittel der Kasse zurückgewiesen. Die angefochtene Entscheidung sei sachlich begründet. Eine Erholungsstätte sei als Krankenhaus anzusehen, denn der Aufenthalt in der ersten verfolge denselben Zweck wie die Krankenhausbehandlung, nämlich das Heilen, wenn auch nicht zu heilen, so doch zu lindern und ein weiteres Fortschreiten zu verhindern.

Berichtszeitung.

Die Mehlverteilungsstelle vor Gericht.

Ein eigenartiges Verfahren der Mehlverteilungsstelle wurde gestern vor der Potsdamer Strafkammer beleuchtet.

Nach einer Verordnung des Velziger Kreisaußschusses darf jeder Selbstversorger für den Bedarf seines Haushalts Mehl mahlen lassen; er hat Anspruch auf Ausstellung eines Mahlbuches von der Mehlverteilungsstelle. Dem Einwohnern von Groß- und Klein-Marzahn wurde indes ohne erkennbaren Grund die Ausstellung von Mahlbüchern verweigert. Darauf machte der Mahlenbesitzer Paul in Klein-Marzahn — entgegen der Bundesratsverordnung — ohne Mahlbuch. Das Schöffengericht verurteilte ihn darauf zu 50 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer meinte, sie müsse den Angeklagten nach dem Buchstaben der Bundesratsverordnung verurteilen. Durch Herabsetzung der Strafe auf 5 Mark soll aber doch zum Ausdruck gelangen, daß die Marzahner keine Verpflichtung haben, sich Mehl zu kaufen, daß die Behörde vielmehr dafür sorgen müsse, daß sie rechtzeitig in den Besitz von Mahlbüchern gelangen.

Es bleibt abzuwarten, ob das Kammergericht auf völlige Freisprechung erkennen wird, weil der Behörde die Nichtausstellung der Mahlbücher zur Last fällt, und ob die Mehlverteilungsstelle nunmehr Mahlbücher dem Gesetz entsprechend ausstellen wird.

Unterdrückung im Parochialverein.

Veruntreuungen gegen die Kasse eines Parochialvereins führten gestern den Schneidermeister Otto Sieb vor die 6. Strafkammer des Landgerichts I.

Der Angeklagte besetzte in einem hiesigen Parochialverein das Amt eines Kassierers. Er hatte als solcher die Mitgliederbeiträge einzuziehen und in seiner Obhut befanden sich mehrere Wertpapiere und ein Sparkassenbuch. Von den ersteren hat er Papiere im Werte von 2500 Mark für 1000 Mark verpfändet und von dem Sparkassenbuch hat er nach und nach 1356 Mark abgehoben und für sich verwendet. Ebenso hat er sich an den von ihm eingezogenen Mitgliederbeiträgen vergriffen. Der Staatsanwalt nahm zugunsten des Angeklagten an, daß sich dieser in einer gewissen Notlage befunden und beantragte sechs Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe eventuell noch 50 Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis.

Erpressungsversuch.

Der Diplomingenieur Dressler hatte sich gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III aus eigenartigem Anlaß wegen versuchter Erpressung und Beleidigung zu verantworten.

Der Angeklagte war mit einer Kriegerfrau in Charlottenburg in nähere, lediglich platonische Beziehung getreten. Mit der Frau hatte er wiederholt zusammen gespeist und ihr Geschenke gemacht. Er wurde eifersüchtig, als die Frau einen Brief vor ihm verbrannte. Diese brach hierauf den Verkehr ab. Er verlangte darauf Rückerstattung seiner Auslagen in Höhe von etwa 800 Mark, widrigenfalls ihr Ehemann von dem Verhalten seiner Frau Kenntnis erhalten würde. Da in diesem Brief ein Erpressungsversuch lag, erkannte der Gerichtshof auf zwei Wochen Gefängnis.

Aus aller Welt.

Drei Personen ertrunken. Aus Rom wird gemeldet: Am Sonntag begaben sich zwei etwa 14-jährige Knaben, Söhne des Bahnhofschafters Labevig und des Posters Ruhe, auf einen an der Rom-Mittelmeer-Chauffee gelegenen, mit Eis überzogenen Tümpel zum Eislauf. Da die Decke nicht tragfähig genug war, brachen beide Knaben ein. Auf deren Hilferufe eilten die Mutter des Labevig sowie deren Tochter aus der nahegelegenen Wohnung zu Hilfe, beide ertranken jedoch mit den Knaben bei dem Rettungswerk.

Das Eisenbahnunglück in Calcutta. Bei dem Zusammenstoß eines Güterzugs mit einem Lokomotivzug in Calcutta wurden, wie von dort berichtet wird, im ganzen sechs Personen getötet. Wie bereits mitgeteilt, sind aus dem Lokomotivzug 47 Soldaten als schwerverletzt in Kaiserreich untergebracht worden. Außerdem mußten von Beamten und Fahrgästen des Güterzugs 12 Personen ins Krankenhaus gebracht werden. Im Lokomotivzug starben drei Soldaten und eine Zivilperson bald nach dem Unglück, während zwei Personen auf der Stelle tot waren.

Vom Eisenbahnzug überfahren. Zwei Monteurs einer Fabrik in Waidenau am Saig überschritten das Bahngleise, wurden vom Zuge erfaßt und totgefahren.

Raubmord. Der Landwirt Ackermann aus Britten (Rheinland) wurde auf der Landstraße überfallen und ermordet. Die Leiche ist dann auf dem Weis der Rheinbahn Merzig-Pratdorf geschleppt und auf die Schienen gelegt worden. Von einem Zuge der Rheinbahn ist die Leiche überfahren und buchstäblich zerstückelt worden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Der Zigeuner Ebender verhaftet. Dem „Berl. Tagebl.“ wird mitgeteilt: Der Zigeuner Wilhelm Ebender, der, wie er innerlich, im Jahre 1912 den Förster Romanus in Gämmerzell bei Fulda ermordete und seit dieser Zeit verfolgt wird, ist in Eiltand in Holland verhaftet worden. Er ist bereits in ein deutsches Amtsgerichtgefängnis in Rheinland übergeführt worden. Auf die Ergreifung des Mörders, der noch mehrere Straftaten auf dem Reichsgebiet hatte, war eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 442 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 5. Garde-Reg. a. F.; Garde-Inf.-Reg.; Garde-Gren.-Regiment Alexander und Elisabeth. Gren.-begn. Inf., Regn. Füß.-Regiment Nr. 1, 3 bis einschl. 6, 10, 11 (f. Ernteeabt. Litauen), 17, 23, 34, 35, 41, 43, 44, 49, 53, 54, 55, 56, 58, 62, 63, 66, 67, 72, 73, 80, 83, 84, 85, 87 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 223), 89, 92, 94 bis einschl. 99, 109, 111 bis einschl. 114, 116, 117, 128, 130, 131, 136, 137, 141, 142, 143 (f. Inf.-Reg. Nr. 99), 145, 150 bis einschl. 159, 161, 162, 167, 168 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 99), 169, 173, 175, 176, 184, 186, 188, 193, 235, 236, 241, 281. Ref.-Inf.-Regiment Nr. 1, 5, 43, 59, 66, 61, 65, 68, 69, 76, 78, 82, 91, 93, 99, 109, 110, 116, 201, 203, 207 bis einschl. 210, 212 bis einschl. 217, 219 bis einschl. 226, 228 bis einschl. 232, 240 bis einschl. 252, 254 bis einschl. 257, 260 bis einschl. 263, 265, 266, 270, 272. Ref.-Erst.-Inf.-Reg. Nr. 2. Landw.-Inf.-Regiment Nr. 3, 4, 5, 17, 51, 57, 66, 72, 84, 85 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 116), 87, 99, 100, 116. Garnison-Reg. Schwaburg i. G. Ausbildungs-Brig. des 26. Reservekorps. Brig.-Gen.-Batt. Nr. 75 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 61). Landst.-Inf.-Bataillone: II Leuban (f. Inf.-Reg. Nr. 896), Samter (f. Inf.-Reg. Nr. 835). Abt. v. Reitorff (f. Ernteeabt. Litauen). Jäger-Bataillone Nr. 4, 11, 14; Ref.-Batt. Nr. 6. Festungs-Maschinen-Komp. Neubresch. 1. Erst.-Maschinen-Komp. des 18. Armeekorps; Feld-Maschinen-Komp. Zug Nr. 75 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 222); Festungs-Maschinen-Komp. Abt. Nr. 8 (Posen); Festungs-Maschinen-Komp. Nr. 3 (Posen).

Kavallerie: 1. Garde-Dr. Kav.-Batt. Nr. 1 und 5; Grenadiere zu Pferde Nr. 3; Dragoner Nr. 4, 13, 14, 17, 21; Ref.-Dr. Nr. 1; Husaren Nr. 1; Ulanen Nr. 2, 3, 5, 12. Kav.-Reg. Nr. 88.

Verlehrsabteilungen: Militär-Eisenbahndirektion III. Militär-Eisenbahn-Betriebsämter Vile und Valenciennes. Eisenbahn-Reg. Nr. 3. Eisenbahnbau-Kompagnien Nr. 4 und 18; Ref.-Eisenbahnbau-Kompagnien Nr. 29 und 34. Etappen-Telegraphendirektion der Armee-Abt. v. Strauß. Armeekorps-Abteilungen Nr. 8, 9, 17 und 18; Fernsprech-Abteilungen Nr. 39, G und solche des 8. Reservekorps. Fernsprech-Doppelzüge Nr. 117 und 148. Korps-Kraftwagenkolonne des 9. Armeekorps; Kav.-Kraftwagenkolonne Nr. 16 der Rjemen-Armee; Etappen-Kraftwagenpark Nr. 4 der 4. Armee. Etappen-Kraftwagenkolonne Nr. 23; Etappen-Sanitäts-Kraftwagenpark der Bugarmee. Sanitäts-Kraftwagenkolonne Nr. 2 der Armeeeabt. Gede.

Train: Korps-Proviantamt des 3. Reservekorps. Divisions-Proviantamt der 18. Inf.-Div. Leichte Proviantkolonne Nr. 6 des 2. Ar. 6 des 14. Armeekorps und Nr. 1 der 111. Inf.-Div.; Proviantkolonne Nr. 2 der 56. Inf.-Div. Fuhrparkkolonne Nr. 4 des 1. Ar. 3 des 8. Armeekorps, Nr. 2 der 54. Ar. 1 der 115. Inf.-Div. sowie Nr. 4 und 10. Ueberplanmäßige Fuhrparkkolonne Nr. 4 des 26. Reservekorps. Reserve-Fuhrparkkolonnen Nr. 52 des 15. Reservekorps, 7 der 6. 94 der 75. Ref.-Div., 49, 98, 100, 107. Leichte Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 3 der Rjemen-Armee. Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 20 der 2. Ar. 181 der 10. Armeekorps. Nr. 29 der Bugarmee, Nr. 85 der Rjemen-Armee, Nr. 18 der Armeeeabt. Strauß, Nr. 3 des 1. Armeekorps, Nr. 9 des Landwehrkorps, Nr. 2 der 3. Ref.-Div., Nr. 1 der 54. Inf.-Div., sowie Nr. 2, 103, 119, 150, 161, 164 (Friedwald), 167, 168. Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 10 der 10. Armeekorps, Nr. 1 des 17. Armeekorps, sowie Nr. 2, 123, 134, 144, 203. Festungs-Fuhrpark-Diensthofen; Festungs-Fuhrparkkolonne Nr. 4 Königsberg i. Pr. Pferdepark Nr. 1 des 21. und Erst.-Pferdepark des 15. Armeekorps. Zentral-Pferdepark Nr. 7. Etappen-Pferdepark des 11. Armeekorps und der Bugarmee. Pferde-Erst.-Abt. des 7. Armeekorps. Pferde-Erst.-Abt. Nr. 3 der Rjemen-Armee. Pferde-Erst.-Abt. Nr. 1 der 9. Armeekorps und Pferde-Erst.-Abt. Nr. 1. Kav.-Pferdepark des 11. Armeekorps und der Bugarmee. Ref.-Pferdeparkkolonne Nr. 26.

Munitionskolonnen: Inf.-Munitionskolonnen Nr. 1 des 9. Ar. 2 des 18. Armeekorps und Nr. 3 der 77. Ref.-Div.; Ref.-Inf.-Munitionskolonnen Nr. 51. Art.-Munitionskolonnen Nr. 2 des 1. Ar. 2 des 3. Ar. 2 des 11. Ar. 6 des 20. Armeekorps, 2. Nr. 56 (f. Proviantkolonne Nr. 2 der 56. Inf.-Div.), Nr. 85 der 83. Inf.-Div. und Nr. 177; Ref.-Art.-Munitionskolonnen Nr. 69; Landw.-Art.-Munitionskolonnen Nr. 2 des 18. Reservekorps. Fuhrpark-Munitionskolonnen Nr. 3 der 2. Inf.-Div., Nr. 1 (Reich) der 35. Ref.-Div. und Nr. 112 der 83. Inf.-Div. Etappen-Munitionskolonnen Nr. 62.

Sanitäts-Formationen (f. auch Verlehrsabteilungen): Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 5. Ar. 2 des 18. Armeekorps und Nr. 121; Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 4, 10, 13, 17, 50, 62; Landw.-Sanitäts-Komp. Nr. 20. Feldlazarett Nr. 10 des 1. Ar. 5 und 12 des 2. Ar. 1 des 4. Ar. 5 des 6. Ar. 8 des 9. Ar. 3 des 16. Ar. 2 des 17. Ar. 11 des 18. Ar. 7 des 21. Armeekorps und Nr. 188 der 5. Erst.-Div.; Ref.-Feldlazarett Nr. 72 des 22. 109 des 40. Reservekorps, 15 der 3., 107 der 78. Ref.-Div. und Nr. 117. Feldlazarett Nr. 1 Köln.

Strassenbau-Formationen: Strassenbau-Kompagnien Nr. 31 und 33. Ernteeabt. Litauen.

Die sächsische Verlustliste Nr. 249 bringt Verluste der Inf.-Regiment Nr. 100, 101, 108, 182, 251; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 104, 106, 241, 244; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 101, 103, 106, 133; Jäger-Bataillone Nr. 12, 13; Ref.-Jäger-Batt. Nr. 13; Gardereiter; Karabinier-Reg.; Ulanen Nr. 18, 21; Ref.-Ulanen; Husaren Nr. 18.

Die württembergische Verlustliste Nr. 339 meldet Verluste der Ref.-Inf.-Regiment Nr. 119, 120, 121; Inf.-Regiment Nr. 120, 121, 126, 180; Füß.-Reg. Nr. 122; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 121; Gren.-Reg. Nr. 123; Landst.-Inf.-Batt. Leonberg; Landw.-Feldbatt.-Reg. Nr. 1; Feldbatt.-Regiment Nr. 13, 49, 116; Ref.-Feldbatt.-Regiment Nr. 98, 54; 3. Ref.-Bionier-Komp.; 4. und 5. Ref.-Bionier-Komp.; Ref.-Inf.-Munitionskolonnen Nr. 1; Landw.-Feldlazarett Nr. 25; Sanitäts-Komp. Nr. 3; Verluste durch Krankheiten; Verletzungen; Verlehrsabteilungen.

Partieveranstaltungen.

Pantow. Mittwoch, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Reigner, Schlossstr. 2. Bericht des Abg. geordneten Stadthagen: „Die letzte Reichstagsession“.

Briefkasten der Redaktion.

G. P. 90. Es wird Raumübertragung erfolgen. — Eins 13. Der zweite Buchstabe ist jedenfalls falsch wiedergegeben, es soll wohl ein V sein. Dann bedeutet die Bezeichnung: garnisonverwendungsfähig — H. G. 100. Da — R. G. 37. 1. Ja. 2. Die Eintragung zum Militär kann noch erfolgen. Anspruch auf Freifahrt hatten Sie nicht. Unerwünschte Stellung zu nehmen. Könnte Ihnen Schwierigkeiten machen. — W. R. 101. Kirchensteuer ist noch bis zum 31. Dezember 1915 zu zahlen. — J. R. 9. Es wird von Ihnen nichts mehr verlangt werden, nur der Nachlass des Vaters könnte Anspruch genommen werden. — R. R. 34. Sie müßten sich, da das Nachlassgericht (Amtsgericht) mit einer Beschwerde wenden. — G. 79. Da beim Nichten des Himmels außer Bedienung doch jedenfalls auch die Befragung von Beamtung vorgelesen ist, so haben Sie auf beiden Anträgen. Es würde sich wohl wegen der kleinen Nutzrätigkeiten aber doch empfehlen, nicht zu klagen, sondern zu klagen, zumal Sie doch monatlich ausbezahlt kommen. — 18. 53. 79. Das kommt im wesentlichen auf die Bestimmungen des Vertrages an, die wir nicht kennen. Sie werden aber sicher zur Zurückgabe der Kleidung verpflichtet sein. Wenn Sie ein Zeugnis nicht bekommen, können Sie natürlich auf Ausstellung des Zeugnisses beim Gewerbeschlichter. — W. R. 8. Ja. — Hugo 8. Das Kind hat denselben Erbanspruch wie die anderen Erben. Das Testament könnte deshalb mit Erfolg angefochten werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zeitweise heiter, jedoch vorwiegend bewölkt oder neblig; bei leichtem Frost nirgends wesentliche Niederschläge.